

Antragsbuch Teil 2 Landesparteitag 2013.1

der Piratenpartei Bayern

12.-13. Januar 2013 in Unterhaching

weitere Anträge



Antragsportal

https://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag_2013.1/Antragsfabrik

Version vom 9.1.2013

Inhaltsverzeichnis

1	Landesprogramm	4
	PP001 - Zeitreisen sind Ländersache!	4
	PP002 - Transparenz des Lern- und Bildungsfortschrittes an bayerischen Schulen, Modul 1: Forderung	6
	PP003 - Gamechanger: Neutrale gesellschaftliche Plattform	8
	PP004 - Transparenz des Lern- und Bildungsfortschrittes, Modul 2: Verfahren	10
	PP014 - Gleichberechtigung bei Rechten und Pflichten in der Elternzeit	11
	PP016 - Virtuelle Hochschule	12
	PP017 - Offener Wettbewerb der Unternehmenskulturen	13
	PP030 - Die Piratenpartei Bayern unterstützt das Frankfurter Kollegium nicht.	16
	PP039 - Forderungspapier Intersexualität	17
	PP043 - Vermittlung von Gebärdensprache an deutschen Schulen	20
	PP044 - Errichtung eines Sportausschusses im Bayerischen Landtag	21
	PP051 - Einheitliche Kriterien für Veterinärämter	22
	PP056 - Eisenbahn-Netzausbaustrategie der Piraten für Bayern	23
	PP061 - Reform des Bestattungswesens in Bayern	25
	PP062 - Öffentliche Wasserspender im Stadtgebiet	26
	PP063 - Echten öffentlichen Raum erhalten - gegen den temporären und permanenten Verlust öffent- lichen Raumes	27
	PP065 - Reform des Landesentwicklungsplan (LEP) Bayern	28
	PP071 - Wohnungsnot - Reform der Stellplatzregelungen	29
	PP074 - Verbot von Bleimunition bzw. bleihaltiger Munition	30
	PP084 - Positionspapier Weiterbildungsscheck	31
	PP088 - Positionspapier Für ein leistungsfähiges Schienennetz	32
	PP091 - Immaterialgüterrechte statt „Geistiges Eigentum“	33
	PP092 - Aktive Enthaltung bei Wahlen	34
	PP095 - Moderne Schulbildung	35
	PP098 - Positionierung zur Verfassungsänderung - Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen	39
	PP099 - Positionierung zur Verfassungsänderung - „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“	40
	PP100 - Positionierung zur Verfassungsänderung - „Angelegenheiten der Europäischen Union“	41
	PP101 - Positionierung zur Verfassungsänderung - Schuldenbremse	42
	PP103 - Vermeidung von Mülltourismus	43
	PP104 - Verschwendung öffentlicher Mittel senken	44
	PP105 - bayernweites Nachtflugverbot	45
	PP106 - Reform der Grundsteuer	46
	PP107 - Unabhängigkeit der Justiz	47
	PP108 - Geldgeschenke für Landtagsabgeordnete	48
	PP109 - Abschaffung der Schulsprengel	49
	PP110 - Verfallsautomatik für Gesetze und Vorschriften in Bayern	50
	PP111 - Legislaturperiode des Landtages auf 4 Jahre verkürzen	51
	PP112 - Freie Gewissensentscheidung von Mandatsträgern der Piratenpartei	52
2	Bundesprogramm	53
	BP009 - Vermeidung von Müllverbrennung	53

BP010 - Gegen Antisemitismus und Antizionismus	54
PP022 - Klarstellung des Begriffes “faschistisch“	56
PP023 - Überarbeitung POS009	58
PP024 - Wirtschaftspolitische Grundsätze	61
PP070 - “Freiwillige Geschlechterquote“	68
PP078 - Wirtschaftsordnung	69
PP093 - Beweismittelverwertungsverbot	71
3 Satzungsänderungsanträge	72
SÄA006 - Keine gesetzeswidrigen Satzungsänderungen	72
SÄA009 - Änderungsanträge zu SÄA / PÄA	73
4 Sonstige Anträge	74
SA005 - Kommunale Leitlinie Radverkehr	74
SA007 - Transparenz von Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf	76
SA013 - Mitmach Tool	77

1 Landesprogramm

PP001 - Zeitreisen sind Ländersache!

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Tina

Antragstext

- [1] Die Piratenpartei Bayern spricht sich für eine intensive Erforschung von Zeitreisen aus, mit dem Ziel, diese noch in diesem Jahrzehnt Realität werden zu lassen.

Begründung

- [2] Die Piratenpartei Bayern will damit das Land Bayern nicht nur ein paar Jahrzehnte in den Zeitstrahl bewegen, den der Rest Deutschlands 'Gegenwart' nennt, sondern es direkt ohne Umwege in die Zukunft katapultieren, der Rest darf mitkommen.
- [3] Desweiteren möchte sie Menschen helfen, deren innere Lebenszeit nicht der aktuellen chrononormativen „Wirklichkeit“ entspricht.
- [4] Ihr Anliegen ist es ausserdem, das Amt eines Beauftragten für die Korrektur unerwünschter Zeitlinien zu schaffen, der, mit einer Zeitmaschine ausgestattet, in die Vergangenheit reisen kann, um dort die Anlässe für Shitstürme zu verhindern, bevor diese überhaupt entstehen, und positive Berichterstattung anzustoßen, wo möglich.
- [5] Der Beauftragte für die Korrektur unerwünschter Zeitlinien beobachtet die sozialen Netzwerke und handelt nach eigenem Ermessen; es ist aber davon auszugehen, dass mindestens die folgenden Zeitreisen unmittelbar in Angriff genommen werden:
- [6] 1. Eine Reise zum 22. April 2012, um den Berliner Abgeordneten Martin Delius vor Vergleichen des Wachstums der Piratenpartei mit dem Wachstum der NSDAP zu warnen.
- [7] 2. Eine Reise zum 6. Mai 2012, um im Gasometer in Berlin ein Paar Socken an den damaligen politischen Geschäftsführer der Piraten, Johannes Ponader, zu übergeben.
- [8] 3. Eine Reise zum 17. September 2012, um die Verlagsgruppe Random House durch Einsatz einer Urheberrechtspositionsmanipulationspistole (siehe Antrag PA849) dazu zu bringen, auf das Verschicken einer Take-Down-Notice laut DMCA bezüglich einer illegal zum Download angebotenen Kopie des Buches „Klick-Mich“ von Julia Schramm zu verzichten.

- [9] 4. Eine Reise in die 42. Kalenderwoche des Jahres 2012, um Markus Barenhoff davon zu überzeugen, eine größere Menge Marihuana in seiner Wohnung bereit zu halten (die zwei Gramm, die tatsächlich gefunden wurden, sorgten für ein sehr positives Echo, und es ist davon auszugehen, dass sich dies bei einem Fund von ein- bis zwei Kilo zu einem wahren Begeisterungstaumel ausbauen ließe).
- [10] Sollte sich der Plan einer Zeitmaschine und eines Beauftragen für die Korrektur unerwünschter Zeitlinien nicht umsetzen lassen, möge der LPT beschließen, endlich die Beschäftigung der Piratenpartei mit sich selbst zu beenden und sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die vor ihr liegt: Das Gewinnen der Landtagswahl (das seinerseits notwendig für die Umsetzung des Plans zum Bau einer Zeitmaschine ist).
- [11] (Mit Zustimmung von @astefanowitsch eingereicht und mit bayernspezifischen Änderungen versehen. Ich meine diesen Antrag in der Tat sehr ernst und werde auch gerne auf dem LPT darlegen und begründen, warum wir diesen Antrag brauchen)

PP002 - Transparenz des Lern- und Bildungsfortschrittes an bayerischen Schulen, Modul 1: Forderung

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Perikles

Antragstext

Einleitung

- [1] Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) fordert in Ihrem Grundsatzprogramm, dass die Belange des einzelnen Lernenden in einem individuellen Bildungsprozess im Vordergrund stehen müssen. Formen der Leistungsbewertung, die dem widersprechen, lehnen wir ab.

Forderung

- [2] Davon ausgehend fordert der Landesverband Bayern der Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ein transparentes, netzgestütztes Verfahren an bayerischen Schulen, das den Lern- und Bildungsfortschritt individuell, fortlaufend und inhaltlich anhand bekannt gemachter Lernziele in jedem Jahrgang den einzelnen Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sichtbar macht.

Begründung

- [3] Lehrerinnen und Lehrer an staatlichen Schulen Bayerns sind verpflichtet, regelmäßig Leistungserhebungen bei den Schülerinnen und Schülern durchzuführen, die in sechs Notenstufen bewertet werden. Umfang, Schwierigkeit und Gewichtung der Leistungen richten sich nach Erfordernissen der Schulart, der Jahrgangsstufe und des Faches. Seine gesammelten Aufzeichnungen über die Noten (Notenblatt) muss der Lehrer nur dem Schulleiter auf Verlangen einsehbar machen oder übergeben.

Nachteile dieses Verfahrens der Leistungserhebungen

- Es ist intransparent und eröffnet Handlungsspielräume der Willkür, weil die Lernziele nicht inhaltlich konkret genug den einzelnen Schülern und ihren Eltern bekannt gemacht werden.
- Es dokumentiert einmalig erbrachte Leistungen, ohne die Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit des Lern- und Bildungsfortschrittes ausreichend sichtbar zu machen.
- Es liefert in den Noten abstrahierte Maßstäbe zur vergleichenden Beurteilung von Schülern, die geeignet sind, vom individuellen Lern- und Bildungsfortschritt abzulenken.
- Es stellt Kontroll- und Selektionsfunktionen von Schule anstelle des Erziehungs- und Bildungsauftrages in den Vordergrund.
- Es ist eine Voraussetzung für die soziale Undurchlässigkeit des bayerischen Schulsystems.

Vorteile inhaltlicher Transparenz des Lernfortschrittes

- Er verbessert die Situation der bayerischen Schüler auf eine konkrete Weise, ohne dass dogmatische Diskussionen über Schultypen und -formen geführt werden müssen.
- Das Elterngespräch in der Sprechstunde und alle anderen Formen der Kommunikation zwischen Lehrkräften, Schülerinnen, Schülern und Eltern werden nicht beeinträchtigt, sondern können inhaltlich besser vorbereitet werden.
- Lernzielvereinbarungen sind im Antrag nicht gefordert (Solche Vertragsformen können rechtlich und funktional auch keine sinnvollen Instrumente im Unterricht staatlicher Schulen sein.).

Gesetzesgrundlagen

- Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG), insbesondere Art. 52.
- Dienstordnung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern (Lehrerdienstordnung - LDO), insbesondere § 3 (6).

PP003 - Gamechanger: Neutrale gesellschaftliche Plattform

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Tina

Antragstext

- [1] Die Piratenpartei Bayern erkennt an, dass die heutige Gesellschaft immer noch eine bestimmte Art des gegenderten Verhaltens präferiert und dass diese Präferenz Menschen diskriminiert, die diesem Status Quo nicht entsprechen. Die Piratenpartei Bayern setzt sich für die Dekonstruktion dieser archaischen Präferenz ein, um Geschlechtergerechtigkeit in allen Belangen, seien sie familiär, wirtschaftlich oder politisch, herzustellen. Dieses gesellschaftliche Umdenken fordert eine neutrale Plattform, auf dessen Grundlage sich alle Menschen anhand ihrer vielfältigen und mitnichten binären Geschlechter- und sozialen Rollenbilder frei entfalten können.
- [2] Solange autoritäre und von Wettbewerbsgedanken geprägte Diskurse, Arbeits- und Verhaltensweisen das öffentliche Leben prägen, haben alle Menschen einen Nachteil, die sich dieser Methoden und Verhaltensweisen nicht bedienen können oder wollen. Es ist erklärtes Ziel der Piratenpartei Bayern, eine Gesellschaft zu bauen die keinen normierten Menschen benötigt. Unser Ziel ist Vielfalt und Freiheit, und dazu brauchen wir neutrale Plattformen, in denen sich jede_r frei entfalten kann. Diese neutralen Plattformen zu schaffen ist unter anderem Aufgabe der Politik.
- [3] Eine Frauenquote als Top-Down-Instrument ist nur dann erfolgreich, wenn sich Frauen die als “männlich” geltenden Verhaltens- und Arbeitsweisen aneignen und diese weitertragen. Die Piratenpartei Bayern lehnt eine Frauenquote als Instrument und Hotfix eines kaputten Systems mit präferierten gegenderten Verhaltensweisen ab und fordert die Entwicklung einer neutralen Plattform als Grundlage einer progressiven Gesellschaft.
- [4] Dazu braucht es ein weitreichendes Umdenken in den Prozessen, die momentan das öffentliche Leben bestimmen: wir fordern konkret einen Abbau von Hierarchien, eine Demokratisierung von Arbeitsprozessen, transparente Berufungs- und Einstellungsverfahren, eine Erziehung zur Konsenskultur und eine Neubewertung des Leistungsgedankens.
- [5] **Abbau von Hierarchien**
- [6] Die Piratenpartei Bayern stellt fest, dass steile Hierarchien und eine damit einhergehende Werteinschätzung arbeitender Menschen einer neutralen Werteplattform diametral entgegenstehen und aus der Zeit der Industrialisierung und Vollbeschäftigung herrühren. Wir fordern eine Verflachung von Hierarchien und eine damit einhergehende Demokratisierung von Arbeitsprozessen, die längst überfällig ist für eine moderne, vielfältige Gesellschaft. Arbeitsprozesse, die keine steilen Hierarchien kennen, sind freier von Dominanz und Machterhaltungstrieben, die Menschen aussen vor lassen, die nicht der momentanen Norm entsprechen.
- [7] **Transparente Berufungs- und Einstellungsverfahren**
- [8] Wenn Berufungs- und Einstellungsverfahren nicht mehr hinter verschlossenen Türen, sondern öffentlich einsehbar und damit transparent gestaltet werden, werden Bewertungskriterien, die auf normiertes Verhalten oder Sein zurückgehen sichtbar und können dementsprechend eingeordnet werden.
- [9] **Anonyme Bewerbungen**
- [10] Bewerbungen, in denen Name, Familienstand und Geburtsdatum nicht mehr auftauchen, verleiten Arbeitgeber dazu, Bewerber_innen nach ihrer Qualifikation auszuwählen, und nicht sofort nach Sympathie auszusortieren.

Die Piratenpartei Bayern spricht sich deshalb für eine Umsetzung anonymisierter Bewerbungsverfahren bei allen Unternehmen des öffentlichen Dienstes ein.

[11] Erziehung zur Konsenskultur

[12] Die Piratenpartei Bayern stellt fest, dass Machtausübung über andere und dessen Erhalt und Ausbau veraltete Muster einer patriarchalen, industrialisierten Arbeitsgesellschaft sind, die es zu überwinden gilt. Dazu ist es vonnöten, neutrale Denkmuster zu etablieren und uns von einer Kultur der Macht hin zu einer Konsenskultur zu bewegen. Das bedeutet mitnichten Friede-Freude-Eierkuchen, sondern vielmehr die Abkehr von Diskursen und Methoden, die auf Durchsetzung eigener Interessen, Machterhalt und struktureller Gewalt beruhen. Stattdessen sollten Diskurse eingeübt und präferiert werden, die auf Gemeinsamkeit und der Umsetzung gesellschaftlicher Innovationen zielen.

[13] Neubewertung des Leistungsgedankens

[14] Der Abschied von der Idee der Vollbeschäftigung, wie er beim Bundesparteitag 2012.2 beschlossen wurde oder die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens deuten ein grundsätzliches Umdenken an: wir wollen, dass Menschen sich in Zukunft nicht über ihren wirtschaftlichen Wert definieren, sondern durch ihren gesellschaftlichen. Der gesellschaftliche Wert eines Menschen bemisst sich nicht an der Leistungsfähigkeit im Wirtschaftssystem, sondern allein daran, welche Werte für die Gesellschaft geschaffen und erhalten werden können. Dieses generelle Umdenken ist massgeblich für die Errichtung einer neutralen Plattform, auf dessen Grundlage freie Entwicklungsmöglichkeiten erst geschaffen werden können.

Begründung

[15] Der Landesparteitag sollte diesen Antrag behandeln und idealerweise auch annehmen, weil er richtungsweisende Gedanken zur Gleichstellungspolitik liefert, die eine Quotendiskussion in Zukunft überflüssig machen. Mit Annahme dieses Antrages sprechen wir uns für die Änderung eines gesellschaftlichen Systems aus und gegen das Herumdoktorn an Symptomen.

PP004 - Transparenz des Lern- und Bildungsfortschrittes, Modul 2: Verfahren

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Perikles

Antragstext

Verfahren zur Herstellung von Transparenz des Lern- und Bildungsfortschrittes

- [1] Zur Herstellung von Transparenz des Lern- und Bildungsfortschrittes an staatlichen bayerischen Schulen fordert der Landesverband Bayern der Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) folgendes Verfahren.
- [2] Die Lern- und Bildungsziele pro Fach und Jahrgang werden individuell, inhaltlich detailliert und in zeitlicher Abfolge am Anfang des Schuljahres den einzelnen Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern in Tabellenform und nach den Regeln des Personendatenschutzes gesichert online bekannt gemacht.
- [3] Dazu trägt die Lehrkraft im Laufe des Schuljahres in diese Tabelle die Ergebnisse der regelmäßigen Überprüfungen des Lern- und Bildungsfortschrittes in Abweichung von den Lernzielen ein. Der Eintrag erfolgt unverzüglich nach Feststellung des Lern- und Bildungsfortschrittes.

Begründung

- [4] Der Antrag ist modular mit Antrag 002 verknüpft. Er erlaubt eine separate Abstimmung zum Verfahren, wie Transparenz hergestellt werden soll.

Vorteile einer konkreten Verfahrensbeschreibung

- Es hängt wesentlich von den Ausführungsvorschriften ab, ob ein Regelungsziel auch erreicht wird. Das spricht für die Verabschiedung solcher.
- Der Online-Zugang zu Informationen ist ein qualitatives Merkmal von Transparenz, weil er einen orts- und zeitunabhängigen Zugang zur Information ermöglicht.
- Ein Online-Verfahren ist den meisten staatlichen Schulen möglich, die bereits Informationen im WWW bereitstellen.
- Die meisten Schülerinnen und Schüler haben einen Internetzugang.
- Mit Google Docs (spreadsheets) können ohne zusätzliche Kosten solche Lernfortschrittstabellen zugangs- bzw. paßwortgeschützt eingerichtet werden.
- Solche Tabellen können immer ausgedruckt werden und offline innerhalb herkömmlicher Kommunikationsformen (Elternsprechstunde) verwendet werden, wenn Internetzugänge nicht vorhanden sind (Online-Kommunikation kann immer in Offline-Kommunikation transformiert werden.).

PP014 - Gleichberechtigung bei Rechten und Pflichten in der Elternzeit

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

AG Familienpolitik: [Christian Baumeister \(Chris\)](#), [Rani John](#)

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:
- [2] In einer Familie zusammen lebende Eltern (egal ob verheiratet oder nicht) sollen gleiche Rechte und Pflichten während der Elternzeit haben.
- [3] Bei getrennt lebenden Eltern bleibt, zum Wohle des Kindes, die Regelung im ersten Schritt wie sie bisher ist. D.h. der Elternteil hat alle Rechte und Pflichten im Bezug auf die Elternzeit, bei dem das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat. Sollten sich jedoch die Eltern über eine Abweichung einig sein, so kann gemeinsam die Regelung wie bei zusammen lebenden Eltern einvernehmlich getroffen werden.

Begründung

- [4] Derzeit werden aktuell die Entgeltpunkte für Erziehungszeiten, auch wenn der Vater zu Hause bleibt und die Mutter arbeiten geht, nur der Mutter angerechnet. Dem Vater werden die Entgeltpunkte nur zugeschrieben wenn die Mutter zustimmt.
- [5] Gesteht die Mutter dem Vater nur einen kleinen Teil oder gar keinen Anteil der Erziehungszeit zu, so hat der Vater keinen Anspruch auf Erziehungszeit.
- [6] Durch den gesellschaftlichen Wandel in den letzten Jahrzehnten und dem Wunsch, dass sich auch Väter mehr ins Familiengeschehen einbringen können, muss dies auch durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen möglich sein.
- [7] Derjenige, der sich tatsächlich um die Kindeserziehung kümmert und ggf. beruflich einschränkt, dem müssen als Ausgleich auch die jeweiligen Entgeltpunkte zugeschrieben werden. Die Entscheidung über die Aufteilung der Elternzeit muss auf gleicher rechtlicher Grundlage erfolgen und im Zweifel 50/50 sein.
- [8] Daher ist aus unserer Sicht die Einführung der Gleichberechtigung von Eltern in der Elternzeit unerlässlich.
- [9] Wer sich hauptsächlich in den ersten drei Jahren oder ob man sich gemeinsam um die Kinder kümmern möchte, soll selbstverständlich weiterhin individuell in den jeweiligen Familien entschieden werden.

PP016 - Virtuelle Hochschule

Positionspapier

[Diskussion WIKI PAD](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

[Hartmut Ernst](#)

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge beschließen, folgendes Positionspapier zum Themenbereich Hochschulpolitik ins bayerische Wahlprogramm einzuarbeiten:
- [2] Der große Bedarf an virtuellen Studiengängen, die berufsbegleitend belegt werden können, wird derzeit hauptsächlich durch private und dementsprechend teure Anbieter bedient. Der hohe Stellenwert der Bildung in Bayern, die Bildungsgerechtigkeit sowie soziale und volkswirtschaftliche Gründe erfordern aber, dass auch durch eine staatliche Institution in Bayern virtuelle Studiengänge angeboten werden, die als Erstausbildung kostenfrei sind. Dazu soll die bereits bestehende Virtuelle Hochschule Bayern, die momentan bereits in großem Umfang Online-Module für Präsenzhochschulen bereit stellt, zu einer vollwertigen virtuellen Hochschule mit eigenen Studiengängen ausgebaut werden. Dabei soll mit Bachelorstudiengängen der Betriebswirtschaft und der Informatik begonnen werden.

Begründung

- [3] Virtuelle Studiengänge werden derzeit in Bayern durch keine staatlichen Institutionen angeboten sondern nur durch private Hochschulen, die hohe Studiengebühren verlangen. Außerhalb Bayerns gibt es die staatliche Fernhochschule Hagen, die jedoch keine praxisnahen Fachhochschulstudiengänge im Programm hat.
- [4] Die Notwendigkeit und der Wert bestehender Präsenzhochschulen wird durch eine virtuelle Hochschule in keiner Weise in Frage gestellt. Es geht um ein ergänzendes Programm, das vor allem eine berufsbegleitende Weiterbildung erlaubt; man muss allerdings ein hohes Maß an Motivation und Selbstdisziplin aufbringen. Die Erfolge privater Institute sowie staatlicher virtueller Hochschulen außerhalb Bayerns belegen klar den Bedarf.
- [5] Ein virtuelles, für Erststudiengänge kostenfreies Studienangebot ist in Bayern längst überfällig. Für Studiengänge aus den Bereichen Betriebswirtschaft, Sozialwissenschaften, Jura, Informatik und Mathematik, die ohne oder zumindest mit sehr wenig Laborarbeit auskommen, ist auch die Schaffung virtueller Studiengänge ohne weiteres möglich; diese sind zudem billiger als äquivalente Präsenzstudiengänge.
- [6] Immerhin gibt es als staatliche Einrichtung bereits die Virtuelle Hochschule Bayern (vhb, www.vhb.org). Sie wird als Verbundinstitution von allen bayerischen Universitäten und Fachhochschulen getragen. Die vhb fördert und koordiniert mit großem Erfolg die Entwicklung und den Einsatz von bedarfsgerechten Online-Lehrangeboten an ihren Trägerhochschulen. Die Online-Module können jedoch bisher nur als Bestandteil bestehender Präsenz-Studiengänge an den Trägerhochschulen gebucht werden. Manche Studiengänge sind dadurch zumindest teilweise virtualisiert.
- [7] Der vorgeschlagene Ausbau der vhb wäre organisatorisch gut möglich sowie rasch und kostengünstig umsetzbar. Allerdings haben die bayerischen Trägerhochschulen der vhb kein Interesse an einem solchen Ausbau. Daher ist hier ein staatlicher Eingriff erforderlich. Alternativ ist natürlich auch der Aufbau einer parallelen Institution möglich, allerdings mit höheren Kosten.

PP017 - Offener Wettbewerb der Unternehmenskulturen

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Entropy

Antragstext

- [1] Es soll jährlich von einer unabhängigen Stelle eine öffentliche Statistik für jedes deutsche Gross- oder Mittelständische Unternehmen zu dessen für Arbeitnehmer relevanten Kriterien frei veröffentlicht werden müssen. Für Kleinunternehmen ist die Teilnahme freiwillig. Für die Unternehmen ist die Mitarbeit, der Aufwand und damit deren Einfluss möglichst gering zu halten. Dies geschieht insbesondere durch Rückgriff auf bereits vorhandene Pflichtangaben und direkten Kontakt zu den Arbeitnehmern.
- [2] Zu den Kriterien zählen insbesondere Familienfreundlichkeit, Gehälter, Überstunden, Aufstiegschancen, Entwicklungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Gruppenverteilung (z.B. Geschlechter, Qualifikationen, Lebenswege), Arbeitsbedingungen und -klima, Zufriedenheit, Schutz von Arbeitnehmerrechten usw. Die genauen Kriterien sollen von einem Gremium aus Arbeitnehmervertretern (z.B. gewählte Vertreter der Betriebsräte aller Unternehmen) unter Beratung von Wissenschaftlern und weiteren Verbänden festgelegt und zusammen mit den Auswertungsverfahren veröffentlicht werden.
- [3] Die Statistiken sollen von einer Anstalt des öffentlichen Rechts unabhängig und mit dem gleichen Verfahren auf Basis von bereits den Finanzämtern vorliegenden Daten, ggf. weiterer verpflichtender Unternehmensberichte, sowie Umfragen unter den Arbeitnehmern eines Unternehmens unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen erstellt werden. Dazu soll die Anstalt das Recht erhalten, die Arbeitnehmer ohne Kenntnis des Unternehmens stichprobenweise für eine freiwillige Umfrage anzuschreiben. Eine Bewertung oder Vergleich der Statistiken ist nicht die Aufgabe dieser Anstalt.
- [4] Des weiteren sollen - insbesondere kleinere - Unternehmen gefördert werden, die neue innovative Modelle der Unternehmenskultur ausprobieren wollen um ihre Position im Vergleich zu anderen Unternehmen zu verbessern. Unternehmen, die in allen Kriterien im obersten Quartil ihrer Klasse liegen, sollen dafür belohnt (z.B. Ausnahmegenehmigungen für neue innovative Konzepte) und als Vorbild genutzt werden.

Der Arbeitnehmer als Kunde

- [5] Kompetente, leistungsfähige Mitarbeiter sind der wichtigste Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg im ressourcenschwachen Land Deutschland. Auf Grund der demografischen Entwicklung sinkt der Anteil des Nachwuchses und der Arbeitnehmer im Vergleich zu Leistungsempfängern immer weiter, was zu einer höheren Belastung der Arbeitnehmer führt, während die Unternehmen immer mehr um Fachkräfte konkurrieren.
- [6] Neben ihrer Rolle als Konsument sollen die Arbeitnehmer sich ihres wachsenden Wertes bewusst werden, und durch ein verbessertes Informationsangebot ihre Möglichkeiten, den Arbeitsmarkt selbst nach ihren Bedürfnissen zu beeinflussen, besser nutzen können. Mangelnde Vergleichbarkeit verhindert Wettbewerb und kann zu einer schleichenden Verschlechterung des Arbeitsmarktangebots und somit der Arbeitsbedingungen führen. Denn im Vergleich zu Konsumprodukten können sich Arbeitnehmer bisher nur ein sehr eingeschränktes Bild von verschiedenen Arbeitgebern machen und ihre Karriere danach ausrichten.

- [7] Somit wird aus Sicht der Unternehmen auch der Arbeitnehmer immer mehr zum Kunden, den es zu umwerben gilt. Damit also im wirtschaftlichen Wettbewerb nicht hauptsächlich wirtschaftliche Kenngrößen entscheiden, soll hiermit den Arbeitnehmern möglichst zuverlässige und objektive Information gegeben werden, um Unternehmen bezüglich ihrer Arbeitnehmerfreundlichkeit vergleichen und den passenden Arbeitgeber finden zu können.
- [8] Auch wenn bisher nur eine Minderheit von heiss begehrten Arbeitnehmern die freie Wahl zwischen Arbeitgebern hat, könnte sich deren Druck auch auf die restliche Unternehmenskultur und Belegschaft auswirken. Dieser Druck wird sich mit zunehmender Pensionierung der geburtsstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren verstärken.

Menschen- und familienfreundlichere Arbeitswelt

- [9] Die Vergleichskriterien können insbesondere Auskunft über die häufig beklagte Familienunfreundlichkeit und die Bildung von - für auch noch so fähige Personen - geschlossene Zirkel in deutschen Unternehmen geben. In der Statistik würden z.B. gewisse gruppenbezogene Ungleichgewichte bei Beförderungen, Stellenwechsel und Entlohnung auffallen.
- [10] Es gibt bereits nicht-repräsentative Modellversuche, z.B. Logib-D 1 (die jedoch gerade nicht einen vermeintlich grossen gender pay gap bestätigen²). Bisher können Studien nur begrenzte Gruppen umfassend untersuchen, für die viele Daten verfügbar sind³. Neben den objektiven Zahlen aus den unternehmensinternen Daten, die grösstenteils den Finanzämtern vorliegen, sind auch die anonymen, subjektiven Einschätzungen der Arbeitnehmer wertvolle Informationen, die bisher noch nie umfassend und unabhängig erfasst wurden. Da diese anonym, stichprobeweise und ohne Kenntnis des Arbeitgebers erhoben werden, entfällt dessen sozialer Druck.
- [11] Ein solcher Ansatz stellt also eine bottom-up Alternative zu z.B. Geschlechterquoten und zur Verhinderung möglicher Diskriminierung dar, da Unternehmen mit diskriminierenden Strukturen zunehmend fähige Arbeitnehmer verlieren würden bzw. schwerer gewinnen könnten. Dies würde sich in einem Wert- und Leistungsverlust des Unternehmens bemerkbar machen, den vor allem die Anteilseigner verhindern wollen.

Auswirkung auf Ruf und Produkte des Unternehmens

- [12] Die öffentliche Verfügbarkeit der Statistiken über jedes Unternehmen könnte sich auch direkt auf den Ruf bei Arbeitnehmern und Konsumenten auswirken (z.B. Ruf als Ausbeuter). Darauf aufbauend könnte später ein Qualitätssiegel für Produkte eingeführt werden, in dem z.B. auch der Anteil menschenverachtender Produktionsbedingungen - inklusive derer im Ausland - einfließt. Ähnlich wie das Bio-Siegel kann eine solche Information die Wahl von Konsumprodukten beeinflussen (quasi "menschenfreundlich produziert"). Besonders negative Informationen dieser Art haben bereits zu wirksamen Konsumentenboykotts (z.B. Brent Spar, AEG, Nokia) geführt. Je mehr solche Informationen dem Endverbraucher vorliegen bzw. aufgedeckt werden, desto besser kann dieser bei der Kaufentscheidung auch die meist ausser acht gelassenen indirekten Schäden für Gesellschaft und Umwelt einbeziehen, anstatt sich nur auf den unmittelbaren Preis verlassen zu müssen.
- [13] Unternehmen sind dadurch angehalten diese Faktoren in ihrer Unternehmenskultur besonders zu berücksichtigen um die besten Fachkräfte anziehen bzw. halten zu können. Diese können einen besseren Einblick in alle Unternehmen bekommen und sich vor arbeitnehmerunfreundlichen Unternehmen fern halten.
- [14] Eine gute Bewertung erlaubt Unternehmen dank einem höheren Bewerberangebot im Gegenzug Personalkosten zu senken und damit ihre Investitionen in die Unternehmenskultur zu kompensieren. Weiterhin würde sie zu höherer Identifikation mit dem Arbeitgeber und damit höherer Produktivität führen. Eine schlechte Bewertung hingegen verlockt Arbeitnehmer ihren Arbeitgeber zu wechseln, senkt weiter die Produktivität und schränkt das Angebot der Arbeitnehmer ein, die zudem höheres Gehalt als Kompensation verlangen würden.

Fazit

- [15] Mit den hier geforderten Massnahmen erhalten Arbeitnehmer und Konsumenten mehr für sie relevante Informationen. Diese können sie indirekt nutzen (Arbeitsmarkt, Kaufentscheidungen) die Unternehmen zur Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse zu drängen und eine menschenfreundlichere Arbeitswelt zu gestalten. Gleichzeitig werden für Unternehmen Anreize geschaffen diese Faktoren mehr zu berücksichtigen und dadurch einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen. Anstatt per Gesetz einzelne, unflexible Modelle und Lösungen von oben herab vorzugeben, werden hiermit Unternehmen motiviert ihre Unternehmenskultur besser ihrer Arbeitnehmerschaft anzupassen und neue Wege auszuprobieren.

Referenzen

- <http://www.logib-d.de/>
- http://www.career-women.org/logib-d-einkommensunterschiede-bundesfamilienministerium-unternehmen-_id1292.html
- https://www.fh-frankfurt.de/fileadmin/de/Fachbereiche/FB3/Forschungsprojekte/Working_Paper_Reihe/Aufsichtsrats

Begründung

- [16] Mit diesem Antrag soll ein Beitrag dazu geleistet werden, einige Probleme in der Arbeitswelt an der Wurzel zu packen anstatt nur einschränkende Reglementierungen zu schaffen, die von Unternehmen immer wieder umgangen werden können. Es soll im wesentlichen bereits vorliegende Daten unabhängig aufbereitet und veröffentlicht werden.
- [17] Es ist auch eine liberale Alternative zu Quoten etc. Denn wenn es in einzelnen Unternehmen sog. "gläserne Decken" und Diskriminierung geben sollte, dann würden sie durch diese Statistiken offen gelegt werden - es sei denn sie sind so ungreifbar wie ein Gottesbeweis - und sich auf den Ruf des Unternehmens auswirken.

PP030 - Die Piratenpartei Bayern unterstützt das Frankfurter Kollegium nicht.

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

TheCitizen

Antragstext

- [1] *Antrag an den Landesparteitag der Piratenpartei Bayern: Der Landesparteitag möge folgende Position beschließen:*
- [2] Die Piratenpartei Bayern vertritt die Position, dass sie das “Frankfurter Kollegium in der Piratenpartei“ nicht unterstützt und nicht gutheißt.
- [3] Aus Sicht der Piratenpartei Bayern ist das Frankfurter Kollegium ein externer, nicht unterstützter Verein.

Begründung

- Das “Frankfurter Kollegium in der Piratenpartei“ ist ein geschlossener Verein, bei dem ein Aufnahmekreis über jede Aufnahme einzeln und nach subjektiver Bewertung entscheidet.
- Das Frankfurter Kollegium arbeitet mit geschlossenen und intransparenten Verteilern und einer Struktur, die inhaltliche Vorstandsbeschlüsse (auch tagesaktuell) erlaubt. Die Gründung lief ebenso ohne Beteiligung der Basis ab.
- Das Frankfurter Kollegium ist eine Parallelstruktur zur Piratenpartei, die weniger direkte Mitbestimmung, weniger Transparenz und mehr Hierarchie darstellt, und damit den Versuchen der Piratenpartei für mehr Basisbeteiligung und Teilhabe aller entgegenläuft.
- Durch Aufnahmekreis und Geschlossenheit hat das Kollegium eine Struktur, die Machtkonzentration fördert und Kontrolle von außen schwierig möglich macht. Dies wird zusätzlich intensiviert durch die hohe Anzahl an Vorständen und Menschen mit sehr hohen Listenplätzen der Piratenpartei im Kollegium.

PP039 - Forderungspapier Intersexualität

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Just-Ben

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag der Piraten in Bayern möge folgendes Positionspapier beschließen.

Grundrechte von Intersexuellen besser schützen

- [2] Intersexualität wird durch die Gesellschaft derzeit meist Verschwiegen. Dies passiert, weil die Existenz dieser Menschen das vorherrschende Binäre Geschlechtermodell unserer Gesellschaft in seinen Grundfesten erschüttert und damit einen integralen Bestandteil der westlichen Kultur angreift.
- [3] In einer Zeit, in der sich die klassischen Geschlechterrollen immer mehr auflösen, in der Sexualität nicht mehr zwangsläufig auf einen komplementären Verständnis der Geschlechter aufbaut und in der die Geschlechtsidentität frei wählbar ist, stellt das historische Modell der biologischen Zweigeschlechtlichkeit die letzte Bastion unseres abendländischen Geschlechtermodells dar. *1
- [4] Deswegen werden Zwischengeschlechtliche, also mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geborene Menschen, die man als Intersexuelle, Hermaphroditen oder Zwitter bezeichnet, in unserer Gesellschaft, die nur "Männer" und "Frauen" anerkennt, juristisch, politisch und sozial unsichtbar gemacht.

Grundlegendes

- [5] Die Piraten in Bayern setzen sich für das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen ein. Hierzu fordern wir:
- Chirurgische und/oder medikamentöse/hormonelle Eingriffe sind erst nach Aufklärung und Beratung, angemessener Bedenkzeit und mit Einwilligung der betroffenen Person durchzuführen, so lange ihnen keine lebensbedrohliche Indikation zugrunde liegt.
 - Kosmetische Eingriffe dürfen nur mit ausdrücklicher informierter Einwilligung der betroffenen Menschen unter vollständiger zu dokumentierender schriftlicher Aufklärung erfolgen.
 - Die Eltern sind vollumfänglich und wahrheitsgetreu aufzuklären; analog gilt für die betroffenen Menschen selbst eine stufenweise, altersgerechte Aufklärung über ihre Besonderheit.
 - Die behandelnden Mediziner haben den betroffenen Menschen über alle gegenwärtigen und zukünftigen Risiken von Eingriffen sowie bei deren Unterlassung vollumfänglich schriftlich aufzuklären. Dies gilt insbesondere bei Entfernung hormonproduzierender Organe und daraus resultierenden medikamentösen Hormonersatztherapien.
 - Die behandelnden Mediziner haben den betroffenen Menschen bzw. deren Eltern unaufgefordert bei Entlassung eine vollständige Kopie der Patientenakte auszuhändigen.

- Umfassender Schutz für intersexuelles Leben, auch des ungeborenen Lebens. Intersexualität allein darf kein Abtreibungsgrund sein.

Kompetente Betreuung

- [6] Viele Eltern von neugeborenen werden derzeit schlecht beraten und in einer Situation allein gelassen, mit der sie sich massiv überfordert fühlen, da das Phänomen Intersexualität zu unbekannt ist. Wir fordern daher:
- Schaffung verbindlicher “Standards of care“ unter Einbezug der betroffenen Menschen und ihrer Organisationen.
 - Bildung von spezialisierten Kompetenzzentren zur Behandlung intersexueller Menschen.
 - Ausbildung von auf Intersexualität spezialisierten Fachkräften.
 - Bildung von Beratungsteams für Eltern bei Fällen von Intersexualität, bestehend aus Mediziner*innen, Psycholog*innen und betroffenen Menschen sowie betroffenen Eltern (“Peer Support“).
 - Bildung von Beratungsteams für betroffene Menschen, bestehend aus Mediziner*innen, Psycholog*innen und betroffenen Menschen (“Peer Support“), welche diese von klein auf kontinuierlich unterstützen.
 - Flächendeckende Einrichtung von Beratungsstellen für betroffene Menschen und Angehörige, die paritätisch mit nicht betroffenen Spezialisten und betroffenen Menschen besetzt sein müssen.
 - Besondere finanzielle und strukturelle Förderung geeigneter Selbsthilfegruppen.
 - Einsetzen geeigneter betroffener Menschen als Beobachter von Studien zur Intersexualität.
 - Umfassende Evaluierung von Wirkungen und Machbarkeit der verschiedenen nach Kastration notwendigen lebenslangen Hormonersatztherapien nach den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der betroffenen Menschen (Testosteron, Östrogen oder beides), sowie unter Berücksichtigung des Lebensalters (ggf. Eintrag der Indikation in die Zulassung des jeweiligen Medikamentes).

Toleranz durch Bildung

- [7] Die Unwissenheit der Allgemeinen Bevölkerung über Intersexualität sowie die fehlende Fachausbildung sorgt für eine unangemessene Behandlung der Personen sowie eine intolerante Haltung vieler Menschen gegenüber den Betroffenen. Wir fordern daher:
- Das Thema “Geschlechtsdifferenzierung und Varianten“ wird an allen Schulen Bestandteil der Lehrpläne in Biologie, Sexualkunde und in den sozialen Fächern.
 - In der Ausbildung sämtlicher medizinischer und sozialer Berufe, z.B. von Ärzt*innen, Hebammen, Krankenschwestern, Pfleger*innen, Psycholog*innen, Lehrer*innen, Kindergärtner*innen, Sozialarbeiter*innen etc., wird Intersexualität verpflichtender Bestandteil des Lehrplans.

Entschädigung und Rehabilitation geschädigter Betroffener

- [8] Unsere Gesellschaft hat Intersexuellen Menschen seit Jahrzehnten unrecht getan. Teilweise wurden ihre Geschlechtsteile verstümmelt, belogen und mit Hormonen behandelt, damit sie auf jeden Fall in das Binäre Geschlechtssystem unserer Gesellschaft passen. Hier ist Unrecht passiert. Wir fordern deshalb:
- Einrichtung eines Hilfs- und Entschädigungsfonds für Betroffene. Der Fonds soll alimentiert werden durch a) den Staat als politisch Verantwortlicher für die Fehlbehandlungen und b) die für die Fehlbehandlungen konkret verantwortlichen ärztlichen Standesorganisationen, zum Beispiel der Endokrinologen, Urologen, Gynäkologen, Kinderchirurgen.

- Generelle Aufstockung der Rentenbeträge aller Betroffenen, die Opfer der Medizin geworden sind, auf das durchschnittliche mittlere Rentenniveau mit der Begründung, dass Intersexuellen durch Traumatisierung und gesundheitsschädigende Hormonbehandlung Zeit für ihr berufliches Fortkommen genommen wird.
- Einrichtung eines Rehabilitationsplanes und eines entsprechenden Zentrums zur Wiederherstellung der körperlichen Gesundheit soweit als möglich.
- Eröffnung und Förderung eines besonderen Zugangs betroffener Menschen zu Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zum Zwecke des Ausgleichs der durch die Gesellschaft erlittenen Suppressionen der sozialen und beruflichen Kompetenz (REHA).
- Rechtsanspruch auf Feststellung der erlittenen Schäden durch ein unabhängiges Gericht, falls frühere Behandlungs-/Befundsberichte nicht mehr zu beschaffen sind.

Rechtsstellung

- [9] Die Piratenpartei lehnt die Erfassung des Merkmals “Geschlecht“ durch staatliche Behörden ab. Bis diese Vision allerdings vollständig rechtlich umgesetzt werden kann, wird es dauern, denn dazu müssen nicht nur alle Gesetze geschlechtsneutral formuliert werden sondern auch International verhandelt werden. Wir Piraten in Bayern fordern bis dahin:
- Bei Neugeborenen mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen erfolgt beim Standesamt ein lediglich provisorischer Geschlechtseintrag. Geschlechtsneutrale Vornamen sind zulässig.
 - Betroffene Menschen haben die Möglichkeit ab Erreichen der Einwilligungsfähigkeit per Willenserklärung eine Änderung des eingetragenen Geschlechts und/oder Vornamens zu erwirken. Falls von der betroffenen Person gewünscht, sind nunmehr auch kosmetische Eingriffe mit informierter Einwilligung der betroffenen Menschen zulässig.
 - Volljährige Menschen können ihren Namen und ihr eingetragenes Geschlecht frei wählen.
 - Für den Geschlechtseintrag wird als dritte Option zwischengeschlechtlich/intersexuell/zwittrig“ eingeführt.

Gleichberechtigtes Leben

- [10] Intersexuelle werden aufgrund des fehlenden Bewusstseins der Gesellschaft und der über Jahrhunderte geprägte Kultur strukturell diskriminiert. In einer modernen Gesellschaft gilt es diese strukturelle Diskriminierung aufzuweichen und aktiv zu bekämpfen, um ein gleichberechtigtes Leben aller zu ermöglichen. Wir Piraten fordern deswegen:
- Behörden sollten nach Möglichkeit Anträge und Texte so formulieren, dass sie das Binäre Geschlechtsmodell nicht weiter zementiert
 - Regelungen im Öffentlichen Dienst und bei Beamten bei der Einstellung und im weiteren Dienstverlauf sind so anzupassen, dass Intersexuelle aufgrund ihrer Medizinischen Situation nicht mehr benachteiligt sind.

Begründung

- [11] <http://wiki.piratenpartei.de/1> Claudia Lang. “Intersexualität - Menschen zwischen den Geschlechtern“

- [12] Quelle vieler Forderungen: [Verein intersexuelle Menschen e.V.](#)

PP043 - Vermittlung von Gebärdensprache an deutschen Schulen

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Cochi

Antragstext

- [1] Positionspapier:
- [2] Wir setzen uns dafür ein, dass an Schulen Kurse zum Erlernen der deutschen Gebärdensprache (DGS) wenigstens als freiwillige Arbeitsgruppe, besser jedoch als reguläres Wahlpflichtfach angeboten werden. Darüber hinaus sollen an Schwerhörigen- und Gehörlosenschulen noch existierende Lücken in den Lehrplänen geschlossen und die DGS als Pflichtfach eingeführt werden.

Begründung

- [3] Für das Gelingen der Inklusion müssen Menschen auch miteinander kommunizieren können. Während z.B. in den USA und in Skandinavien die Vermittlung der Gebärdensprache an Regelschulen nicht unüblich ist, ist dies in Deutschland leider eine absolute Ausnahme. Kenntnisse kann man sich hierzulande als Interessierter vor allem vereinzelt an Volkshochschulen oder manchmal in offenen universitären Sprachkursen (dann aber mit Warteliste) erwerben. Die verfügbaren Plätze sind extrem limitiert, in der Regel schnell vergriffen und können deswegen nicht nachhaltig eine stärkere Verankerung der Gebärdensprache in der Gesellschaft bewirken.
- [4] Mit der hier geforderten Vermittlung von Gebärdensprache an Regelschulen wird eine größere Verbreitung möglich und es werden effektiv und schon im Jugendalter gesellschaftliche Barrieren abgebaut. Dieser Antrag ist eines der konkreten Elemente, mit denen wir unseren neuen Aussagen zur Inklusion auf Bundesebene nach und nach Substanz verleihen können.
- [5] *Leicht überarbeitete Version des BPT2012.2er Antrags [PA293](#). Inhaltlich abgestimmt mit Bundes-AG Barrierefreiheit, dem hessischen AK Bildung und diversen Einzelpiraten, die in der Inklusion tätig sind.*

PP044 - Errichtung eines Sportausschusses im Bayerischen Landtag

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Kommunalthomas

Antragstext

- [1] Wir Piraten fordern im Bayerischen Landtag einen Ausschuss für Angelegenheiten des Sports einzurichten und den Landessportbeirat aufzulösen.

Begründung

- [2] In Bayern sind 4,28 Mio. Sportler in 12112 Vereinen organisiert. Das ist ungefähr 1/3 der Bayerischen Bevölkerung. Die nichtorganisierten Sportler und Sportlerinnen sind hier gar nicht mitgezählt (Skifahrer, Hobby-Fußballer, Schwimmer usw.). Im Landessportbeirat haben die Sportler, wie die dort vertretenen Politikern, nur beratende Stimme. Entscheidungsrechte haben die Sportler hier nicht. Sie sind auf das Wohl der Politik im Bayerischen Landtag angewiesen. Bayern ist eines der wenigen Bundesländer, in dem es keinen Sportausschuss gibt.
- [3] Der Sportausschuss soll zuständig sein für die parlamentarische Begleitung und Förderung des Behindertensports, des Vereinssports, des Breitensports, des Schulsports und des Leistungssports in Bayern, sowie für Fragen des Umweltschutzes im Zusammenhang mit dem Sport.
- [4] Bisher sind die parlamentarischen Angelegenheiten des Sports im Bayerischen Landtag auf mehrere Ausschüsse verteilt: Innenausschuss, Kultur- und Schulausschuss, Umweltausschuss, Gesundheitsausschuss usw. Durch diese parlamentarische Verzettlung werden die Angelegenheiten des Sports sehr intransparent zum Nachteil der Bürger und Bürgerinnen in Bayern behandelt.

PP051 - Einheitliche Kriterien für Veterinärämter

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Riwe

Antragstext

- [1] Wir setzen uns dafür ein, dass ein für alle Veterinärämter in Bayern einheitlicher Kriterien-Katalog geschaffen wird. Dieser Katalog soll messbare Kriterien für die artgerechte Haltung einzelner Spezies enthalten. Bei genereller Unterschreitung dieser Mindestanforderungen soll das zuständige Veterinäramt zum Handeln im Sinne des Tierwohls verpflichtet sein.

Begründung

- [2] Die Veterinärämter sind für die Einhaltung des Tierschutzes zuständig. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haben die Veterinärämter ein großen Ermessensspielraum. Dieser wird von Amt zu Amt sehr unterschiedlich ausgelegt. Der Kriterien-Katalog soll den Ämtern die Arbeit erleichtern und für Tierhalter – kommerziell wie privat – einen klaren Leitfaden bieten nach dem sie sich richten können. Die zuständigen Sachbearbeiter müssen so nicht jede Spezies genau kennen und sind so weniger geneigt aus Unkenntnis ihren Ermessensspielraum zum Nachteil der Tiere auszulegen.

PP056 - Eisenbahn-Netzausbaustrategie der Piraten für Bayern

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

[Awitte](#)

Antragstext

- [1] *Antrag an den Landesparteitag der Piratenpartei Bayern: Der Landesparteitag möge folgende Position beschließen:*

Strategie des Ausbaus

- [2] Wir setzen uns dafür ein, Verkehre möglichst sortenrein zu entmischen. Schienengüterverkehr (SGV) soll möglichst abseits der Haupttrouten des Schienenpersonenfernverkehrs (SPFV) geführt werden. S-Bahnen mit geringen Taktabständen sollten so weit wie möglich auf eigener Infrastruktur geführt werden.
- [3] Durch diese Entmischung der Verkehre soll insbesondere die Infrastruktur in sogenannten "strukturschwachen Gebieten Bayerns" stark aufgewertet werden, da hierhin der durchgehende SGV von den bestehenden Hauptverbindungen des SPFV ausgelagert werden soll. Somit wird ein Ausbau der Schieneninfrastruktur möglich, auch wenn das Personenverkehrsaufkommen gering ist.
- [4] Andererseits soll dadurch auf den Hauptrelationen des Personenverkehrs mehr Platz für eine weitere Verdichtung der Takte geschaffen werden. Außerdem sollen dadurch die ohnehin sehr stark belasteten Infrastrukturen der bayerischen Eisenbahnzentren München und Nürnberg entlastet und eventueller innerstädtischer Baubedarf, welcher entsprechend teurer zu Buche schlagen würde, vermieden werden.

Ausbaustandards

- [5] Generell wünschen wir uns bei allen Aus- und Neubauten ein Gleis je Fahrtrichtung (zweigleisiger Ausbau). Die Elektrifizierung halten wir für obligatorisch.
- [6] Auf den Güterkorridoren soll sich die Dimensionierung der Serviceeinrichtungen, der Gleisanlagen und der Leit- und Sicherungstechnik an den jeweiligen Maximalwerten (Zuglänge, Achslast, Lichtraumprofil etc.) und üblichen Eigenschaften (Fahrdynamik, Zugbeeinflussung, etc.) der künftig auf den Güterkorridoren verkehrenden Züge ausrichten.
- [7] Damit der Nahverkehr von dem Ausbau ebenfalls profitiert, soll die zulässige Streckenhöchstgeschwindigkeit möglichst durchgängig bei 160 km/h liegen, auch wenn der Güterverkehr oft nicht über 100-120 km/h hinaus kommt. Des Weiteren wünschen wir uns, dass die Bahnübergänge an verkehrsstarken Straßen oder in unübersichtlichen Lagen durch höhenfreie Querungen ersetzt werden. Ferner ist es für alle Züge nützlich, wenn enge Gleisbögen vergrößert oder sogar begradigt werden können; fallweise ist für die schnellere Bogenfahrt auch eine Anpassung der Gleisüberhöhung (Querneigung) nützlich.

Finanzierung:

- [8] Um den Baufortschritt möglichst schnell voranzutreiben, soll der Freistaat eine vollständige Vorfinanzierung den anderen Fördergeldgebern anbieten. Ein Verzicht auf die üblichen Fördermittel anderer Geber scheidet jedoch aus. Die Vorfinanzierung soll bei Baumaßnahmen im benachbarten Nicht-Bayern angeboten werden, wenn diese Aus- oder Umbauten direkt in einem kausalen Zusammenhang oder einer Abhängigkeit mit einem innerbayrischen Bauprojekt stehen.
- [9] Bauabschnitte sollen nicht unter dem rollendem Rad realisiert werden, sondern möglichst in einem Guss durch eine saisonale Außerbetriebnahme mit entsprechenden SEV-Angeboten. Dadurch werden ewig lange Nachtbaustellen, ein langer Bauzeitraum mit Betriebsinstabilität und Kapazitätseinschränkungen, Bauarbeiten in vielen Bauabschnitten und weitere Faktoren, die die Baumaßnahmen verteuern, vermieden.
- [10] Wir setzen uns damit verbunden für eine bayernweit einheitliche Abgabe ein, die zusätzlich die Einnahmen erhöht und die Vorfinanzierung ermöglichen soll. Diese kann nach Abschluss der Bauarbeiten auslaufen oder zur massiven Verbilligung (Flatrate in Form von Zeitkarten) bis zum fahrscheinlosen ÖPNV weiterverwendet werden. Die Weiterverwendung der Abgabe innerhalb des ÖPNV lassen wir daher explizit offen. Jedoch ohne einen massiven Ausbau ist ein bayernweit fahrscheinloser ÖPNV sowieso nicht durchführbar. Der fahrscheinlose ÖPNV würde ohne Ausbau zum Opfer seines eigenen Erfolgs: Aufgrund des erwartbaren Fahrgastzuwachses käme es zu einer chronischen Überlastung und somit zur Unattraktivität.

Status Netz und zukünftige Korridore:

- [11] Besonders im Brenner- und Tauernzulauf laufen derzeit SGV und SPFV sowie SPNV auf den gleichen Gleisen. Der SGV strebt zu den von den beiden Pässen zu den Nordseehäfen. Auch entlang der Donau zwischen Passau und Regensburg sowie Regensburg und Nürnberg mischt sich SPFV, SPNV und SGV auf der Relation Osteuropa - Nordseehäfen. Letztendlich zeichnen sich darauf Grundlegend 3 Korridore für SGV durch Bayern ab:
 - Brenner (Kiefersfelden) - Nordseehäfen (Gemünden)
 - Tauern (Freilassing) - Nordseehäfen (Gemünden)
 - Osteuropa (Passau) - Nord- und Ostsee
- [12] Durch die Erschließung des Nord-Südkorridor Hof-Brenner/Tauern via Mühldorf, Landshut und Regensburg für den SGV lassen sich alle 3 Relationen entlasten und Verkehr auf bislang im SGV wenig genutzte Relationen verlagern. Daher halten wir die Einrichtung einer weiteren Eisenbahntransversale von Nordostdeutschland (Nordsee, Ostsee, Polen) nach Rosenheim (Brennerzulauf) und Salzburg (Tauernbahnzulauf) für dringend erforderlich.
- [13] Durch die Führung des Güterkorridor “(Nordostdeutschland -) Hof - Brenner/Tauern“ über Regensburg, Landshut und Mühldorf sollen auch diese Wirtschaftsstandorte gestärkt werden und die großen Bahnknoten Nürnberg und München sowie die klassische Nord-Süd-Strecke Hannover - Würzburg entlastet werden. Dieser Projektvorschlag ist auch politisch vorteilhaft, weil er nicht mit anderen Ländern abgestimmt werden muss. Die entsprechenden Anschlussstrecken sind bereits in einem Güterkorridor enthalten oder hierfür vorgesehen.

PP061 - Reform des Bestattungswesens in Bayern

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Wir fordern die Reform des bayerischen Bestattungswesens mit dem Ziel mehr Transparenz und Konkurrenz in diesem milliardenschweren Markt zu schaffen. Da sowohl die Gebühren der Gemeinden als auch die Preise der Bestattungsunternehmen stark schwanken, fordern wir die klare Preiskennzeichnung in beiden Bereichen und die Verpflichtung der zuständigen Gemeinden jeweils mehrere Anbieter zu beauftragen und zu überwachen.

Begründung

- [2] Die Kosten von Begräbnissen schwanken grob gesagt von 4.000 bis 12.000 Euro je nach Situation. In vielen Gemeinden haben die Angehörigen nur eingeschränkte Möglichkeiten der Auswahl, die Gebühren sind oftmals nicht nachvollziehbar und werden von den Gemeinden nach Gutdünken festgesetzt. Hierzu gibt es seit langem Studien auch aus anderen Bundesländern, siehe z.B. diese:
- [3] <http://friedhofskultur.de/aktuell/alle-news/news-details/beitrag/28131-studie-zu-friedhofsgebuehren-2011-mehr-transparenz-gefordert.html>

PP062 - Öffentliche Wasserspender im Stadtgebiet

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Christian Steinle

Antragstext

- [1] Wasser ist ein Menschenrecht. Daher sollte Trinkwasser allen Menschen, auch wenn diese gerade unterwegs sind, kostenfrei zur Verfügung stehen. Zur Einlösung dieser Forderung sollen an stark frequentierten öffentlichen Orten im Stadtgebiet (beispielsweise, aber nicht nur, an Verkehrsknotenpunkten, in der Fussgängerzone und an Schulen) Wasserspender aufgestellt werden.
 - Eine ausreichende Hydrierung kann besonders im Sommer helfen Kreislaufbeschwerden, sowie Kopfschmerzen und daher Stress für den Einzelnen aber auch bei Anderen vorzubeugen.
 - Niemand wäre mehr gezwungen seinen Durst später zu befriedigen wenn dies sofort aufgrund der verfügbaren finanziellen Mittel oder verfügbarer Zeit nicht möglich ist entgeltlich und ggf mit Wartezeit ein Getränk zu erwerben.
 - Der überall kostenfreie zugängliche Durstlöcher aus dem Trinkwasserspender hilft mit die möglicherweise ungesunde Vorliebe von Kindern und Jugendlichen für Softdrinks zu verringern.
- [2] Neben den gesundheitlichen Vorteilen bedeutet ein geringerer Konsum an meist PET-Flaschen mit Wasser oder Softdrinks auch weniger Ressourcenverbrauch für Verpackung und Transport von Getränken.
- [3] Letztlich befördert diese Maßnahme auch die touristische Attraktivität der Stadt, da dem Gast vermittelt wird, dass er hier nicht zur Befriedigung eines so grundlegenden Bedürfnisses wie Durst zu Kasse gebeten wird.
- [4] Als Beispiel kann die bisherige Praxis der Stadt Wien heran gezogen werden.
- [5] <http://www.vienna.at/mobile-trinkbrunnen-wiener-hochquellwasser-gegen-durst/news-20110504-11013289>

Begründung

- [6] Im Bezirksverband Unterfranken ist diese Forderung in anderem Wortlaut bereits teil des Wahlprogrammes:
- [7] https://wiki.piratenpartei.de/BY:Unterfranken/Bezirksparteitag_2012.1/Antragsfabrik/Mehr_Trinkwasserspender_f%C3%B9r

PP063 - Echten öffentlichen Raum erhalten - gegen den temporären und permanenten Verlust öffentlichen Raumes

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Christian Steinle, Andreas Witte

Antragstext

- [1] Echten öffentlichen Raum erhalten - gegen den temporären und permanenten Verlust öffentlichen Raumes
- [2] Die Piratenpartei setzt sich für Aufenthaltsqualität und eine Belebung des öffentlichen Raumes ein. Dazu gehört unter anderem die freie Nutzbarkeit der Flächen durch jeden Bürger ohne Konsumzwang. Die Piratenpartei sieht darin eine Umsetzungsvariante der gesellschaftlichen Teilhabe und eine Stärkung des lokalen gesellschaftlichen Lebens. Für die Bevölkerung der Stadt bedeutet diese Veränderung eine Steigerung der Lebensqualität, da die zentralen Orte nicht mehr nur Konsumraum ist, sondern auch Raum zum zwanglosen verweilen und Kommunikation jenseits der eigenen Konsummöglichkeiten ist.
- [3] Die Praxis der letzten Jahre Teile des öffentlichen Raumes als Gastronomieaußenfläche zu verpachten steht somit den Zielen der Piratenpartei entgegen. Hierdurch wird aus öffentlichen Raum ein Raum gemacht, in dem private Rechte, beispielsweise ein Konsumzwang, durchsetzbar sind.
- [4] Anstelle der Verpachtung als Gastronomieaußenfläche sollen die entsprechenden Gremien die Fläche als Aufenthaltsfläche gestalten. Auf einer solchen soll man genauso die gastronomischen Leistungen in Anspruch nehmen können, jedoch sich auch so treffen können.
- [5] Kommunen soll über eine Änderung des Kommunalen Abgabengesetzes die Möglichkeit gegeben werden, die Flächen zu gestalten. Damit wird verhindert, dass die Gastronomen die Flächen mit Außenmöbeln "gestalten", die schrille Werbeaussagen für Kaffee- oder Biermarken tragen. So wird auch das Stadtbild aufgewertet.

Begründung

- [6] siehe Antragstext

PP065 - Reform des Landesentwicklungsplan (LEP) Bayern

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Wir fordern grundlegende Änderungen im Landesentwicklungsplan (LEP) für Bayern in der Fassung vom 28.11.2012.
- [2] 1. Das Zentrale-Orte-System gehört abgeschafft, denn dadurch wird etwa geregelt, wo Bildungseinrichtungen oder Gesundheitseinrichtungen gebaut werden dürfen. Diese Entscheidung sollte den Gemeinden und Landkreisen obliegen. Im neuen LEP werden die Orte statt in bisher sieben nur noch in drei Kategorien unterteilt (Grund-, Mittel- und Oberzentren).
- [3] 2. Die Einteilung in Verdichtungsraum und ländlicher Raum ist nicht konkret genug und gehört modifiziert im Sinne einer genaueren Spezifizierung oder gänzlich abgeschafft. Bei dieser Unterscheidung der Gebietskategorien wurde nur die Bevölkerungsentwicklung als Parameter betrachtet. Dieser war das Kriterium für die Zuordnung zum ländlichen Raum (sinkende Bevölkerungszahl) oder Verdichtungsraum (steigende Bevölkerungszahl).
- [4] 3. Die Siedlungsstruktur mit den Geboten „Flächensparen“, „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ und „Vermeidung von Zersiedelung“ ist vollkommen unpräzise und nicht den Erfordernissen angemessen.
- [5] 4. Die 3. Startbahn des Flughafens München gehört aus dem LEP ersatzlos gestrichen.

Begründung

- [6] Der LEP Bayern stammt vom Wirtschaftsministerium, das im Prinzip die oberste Landesplanungsbehörde in Bayern ist. Das LEP besteht aus zwei Teilen. Im einen Teil verpflichtet sich der Freistaat Bayern selbst zu gewissen Dingen. Der andere Teil greift durch bis in die kommunale Planungshoheit. Denn im Baugesetzbuch ist genau definiert, dass die Planungen der Gemeinden auf die Ziele der Raumordnung und Landesplanung abzustimmen sind. Das heißt, die Ziele sind für die Gemeinden verbindlich. Der LEP findet sich hier:
- [7] <http://www.stmwivt.bayern.de/landesentwicklung/instrumente/landesentwicklungs-programm.html>
- [8] Insgesamt ist vom Wirtschaftsministerium unter Führung des Wirtschaftsminister (zur Zeit Martin Zeil, FDP) ein ungeeigneter Versuch Zielvorgaben für die Entwicklung Bayerns im nächsten Jahrzehnt vorzugeben. Lokale Probleme erfordern unterschiedliche Herangehensweisen auf kommunaler Ebene, dem trägt der LEP in keiner Art und Weise Rechnung.

PP071 - Wohnungsnot - Reform der Stellplatzregelungen

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

[Awitte](#)

Antragstext

- [1] *Antrag an den Landesparteitag der Piratenpartei Bayern: Der Landesparteitag möge folgende Position beschließen:*

Problematik

- [2] Fast alle Bayerischen Städte leiden unter einem komplett überhitztem Wohnungsmarkt. Doch Nachverdichtung von bestehendem Wohnraum, also beispielsweise die Schaffung einer weiteren Wohnung im Dachgeschoss oder durch einen Kellerausbau, scheitern oft an der bestehenden Stellplatzregelung, die für jede Wohnung die Verfügbarkeit von Stellplätzen vorschreibt.

mittelfristige Lösung

- [3] Die Piraten setzen sich dafür ein, die Wohnungsnot kurzfristig durch folgende Aufweichung der Stellplatzregelung anzugehen: Wohnungen, welche die Stellplatzvorgabe nicht erfüllen, sollen nur an Personen vermietet werden dürfen, auf die, oder auf deren eingetragene Lebenspartner oder gemeinsam lebende Kinder, kein PKW angemeldet worden ist. Kleinkrafträder sollen davon ausgenommen werden.
- [4] Dazu stellen die KFZ-Meldeämter eine entsprechende Bescheinigung aus, die der Mieter dem Vermieter übergibt. Der anschließend geschlossene Mietvertrag dieser Wohnungen muss zur Sperrung an das KFZ-Meldeamt eingereicht werden. Bei Kündigung der Wohnung werden die Sperrungen dem neuem Verhältnis angepasst.

langfristige Lösung

- [5] Langfristig treten die Piraten Bayern dafür ein, Stellplätze komplett von den Wohnungen und Büro's zu entkoppeln, und eine Stellplatznachweispflicht in unmittelbarer Wohnungs-; Büro-; oder Niederlassungsnähe des Anmelders einzuführen.
- [6] Bei einer durchschnittlichen Anmeldedauer von 5 Jahren pro PKW und Eigentümer soll diese Regelung mit entsprechend weitreichendem Bestandsschutz umgesetzt werden.

PP074 - Verbot von Bleimunition bzw. bleihaltiger Munition

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

[Belze](#)

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgendes beschließe:
- [2] Die Piratenpartei Bayern setzt sich für Verbot von Bleimunition bzw. bleihaltiger Munition ein

Begründung

- [3] a.) Gefährdung v. Grundwasser
- [4] b.) Gefährdung v. Boden
- [5] c.) Gefährdung d. Menschen
- [6] c.) Gefährdung d. Greifvogelbestandes u.a. des Seeadlers
- [7] Begründung
- [8] In der Jagd werden bis heute überwiegend bleihaltige Geschosse verwendet.
- [9] Diese hinterlassen sowohl im geschossenen Wildbret als auch über Einbringung in Boden und in Gewässern Belastungen. Aus der Einbringung des Bleis entstehen für Menschen und Tiere konkrete Gefahren über die direkte Aufnahme durch Nahrung als auch über die indirekte Aufnahme durch den Eingang des Bleis in Wasser- und Naturkreisläufe.
- [10] Durch die Einlagerung von Blei in den menschlichen Körper können erhebliche Gesundheitsschädigungen auftreten. Kinder resorbieren über Nahrung aufgenommene Bleimengen in höherem Maß als Erwachsene und sind daher besonders gefährdet.
- [11] Bei wildlebenden Tieren wurden insbesondere bei großen Greifvögeln erhebliche Vergiftungen und qualvolles Sterben durch bleibelastete Munition und die damit verbundenen Vergiftungen beobachtet. Schutz kann nur durch Vermeidung der Gefahrenquelle, im vorliegenden Fall also durch Verwendung nicht bleihaltiger Munition, erzielt werden.
- [12] Dies muss entsprechend gesetzlich geregelt werden, wobei durch entsprechende Forschung und gesetzliche Regelung auszuschließen ist, dass vergleichbare Gefahrenpotenziale durch die andere gefährliche Inhaltsstoffe in nicht bleihaltiger Munition entstehen können.
- [13] Bleilose Alternativen gibt es bereits.

PP084 - Positionspapier Weiterbildungsscheck

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

[Martin Schön](#)

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgende Position beschließen: Die Piratenpartei Bayern setzt sich dafür ein, dass die Staatsregierung einen Bildungsscheck zur Förderung der Weiterbildung erwerbstätiger Bürger wie an sich geplant einführt und wie er in den anderen großen Bundesländern bereits seit Jahren installiert ist

Begründung

- [2] Die Förderung der beruflichen Weiterbildung erwerbstätiger wenig qualifizierter Bürger nähert sich gegenwärtig dem Nullpunkt. Bis zum letzten Jahr gab es noch bundesweit die Weiterbildungsprämie. Hierbei wurden Erwerbstätige mit Einkommen unter 25.600 zu verst.Ek/a/P mit 50% Kurskosten, max. 500 € gefördert. Als erwerbstätig und förderwürdig wurden auch z.B. Personen gesehen, die länger als 1 Jahr mit der Pflege von Kindern, Älteren zu tun hatten, sowie auch Mitarbeitende in Betrieben des Partners. Diese bundesweite Förderung wurde reduziert und läuft gerade aus. Eine analoge länderspezifische Förderung in Form von Qualifizierungsschecks u.ä. gab und gibt es in allen anderen großen Bundesländern. Bayern ist als großes Bundesland die Ausnahme, neben Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland. Wer so viel verdient, dass er Steuern bezahlt, kann die Weiterbildungskosten steuerlich zur Anrechnung bringen, wer mehr verdient, wird also mehr gefördert. Erwerbstätige mit nur geringem Einkommen, also Personen ohne Berufsausbildung und Zuwanderer erhalten keine Unterstützung, sich weiterzubilden. Es ist also einerseits eine Gerechtigkeitsfrage, zum anderen sollten wir uns wegen unserer anderen Forderungen zur Bildung und angesichts der Bildungsmisere (noch steigendem Mangel an qualifizierten Abschlüssen) gerade mit solchen "Übergangsszenarien" in höhere Qualifikationen beschäftigen. Ein Bildungsscheck für Bayern war bereits kurz vor seiner Realisierung, als man ihn der Sanierung der Landesbank opferte.

PP088 - Positionspapier Für ein leistungsfähiges Schienennetz

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

[Martin Schön](#)

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgendes Positionspapier für ein leistungsfähiges Schienennetz beschließen: Die Entwicklung der Schieneninfrastruktur hat mit der Entwicklung anderer Verkehre nicht Schritt gehalten. Die verkehrsmäßige Flickschusterei und regionalisierte Fixierung auf fast ausschließlich den Straßenbau muss beendet werden. Wir brauchen nach der Neuordnung Europas eine europäische Langzeit-Verkehrsplanung (Perspektive 100 Jahre). Hier stehen langfristige Entscheidungen über Magistralen an, die im Augenblick offenbar zugunsten anderer Länder getroffen werden, z.B. Verbindung Danzig-Wien-Triest statt Rostock-Salzburg-Triest u.a. mit Abkopplung der bayerischen Wirtschaft vom Welthandel. Eine Verlagerung vieler Verkehre auf die Schiene entlang der Magistralen und zur Verdichtung der Vernetzung von Metropolen als auch in den umliegenden Regionalbereichen erscheint sowohl ökonomisch wie ökologisch notwendig. Dies bedingt unverzüglich einsetzende und beschleunigte Planungsverfahren mit Bürgerbeteiligung und bahnerfahrenen Praktikern auf allen Ebenen (EU, Bund, Bayern). Der zügige Ausbau der bayerischen Schieneninfrastruktur hat daher verkehrsplanerisch höchste Dringlichkeit.

Begründung

- [2] <http://www.bihk.de/bihk/Anhaenge/bihkrepository/positionspapier-schienenverkehr-bayern-broschuere.pdf>

PP091 - Immaterialgüterrechte statt „Geistiges Eigentum“

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

CEdge

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:
- [2] Wir lehnen die politische Intention des Begriffs „Geistiges Eigentum“ ab. Er wird offensichtlich regelmäßig missbraucht, um unberechtigte Interessen durchzusetzen und nicht vorhandene Ansprüche einzufordern. Es wird ein Vergleich zu Eigentumsrechten gezogen, der zu kurz greift.
- [3] Das sogenannte „Geistige Eigentum“ ist ein Kampfbegriff von Interessengruppen zur Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber der Allgemeinheit. Er wird zwar unter Juristen verwendet, jedoch wird er politisch in erheblichem Maße missbraucht und muss deshalb ebenso politisch abgelehnt werden. Der Begriff geht am Kern der Sache vorbei.
- [4] So besitzt ein Urheber zwar das Eigentum an den Urheberrechten seiner Werke, jedoch handelt es sich dabei nur um ein begrenztes Monopolrecht. Hier den Eigentumsbegriff direkt anzuwenden, lässt das Urheberrecht – wahlweise das Patentrecht oder ähnliche rechtliche Regelungen – außen vor. Damit übergeht man angenehm deren Besonderheiten und vor allem ihre Einschränkungen, etwa die Laufzeiten, welche beim herkömmlichen Eigentumsbegriff so nicht existieren.
- [5] Als passender Ersatz bietet sich der schon lange existierende Begriff „Immaterialgüterrecht“ an.
- [6] Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:
 - Keine Förderung des Begriffs durch Organe und Publikationen des Freistaats Bayern
 - Fördergelder und vergleichbare Unterstützungsleistungen – insbesondere im Kulturbereich – für Kampagnen und Projekte, die diesen Begriff regelmäßig nutzen oder unterstützen, sind nicht zu gewähren bzw. einzustellen.
 - In bayerischen Schulen, Kindergärten und sonstigen Bildungseinrichtungen soll keine Lehre dieses Denkschemas stattfinden, weder im Lehrplan noch durch externe Kräfte. Stattdessen soll eine kritische Auseinandersetzung insbesondere mit dem Gedanken des anglo-amerikanischen „intellectual property“ sowie eine sachliche Unterrichtung von Themen wie Urheberrecht, Patentwesen usw. stattfinden.

Begründung

- [7] Das hinter dem „Geistigen Eigentum“ stehende Denkschema gefährdet die Wissens- und Informationsgesellschaft, da es Einzelnen aus Prinzip exklusive Rechte an Gedankengut zuweist. Dies kann zwar in einem bestimmten Rahmen sinnvoll sein (etwa bei Urheberrecht und Patenten), muss jedoch maßvoll und umsichtig geschehen, da sonst die Allgemeinheit unverhältnismäßig benachteiligt wird.
- [8] Zu den Forderungen im Bildungsbereich: Der Begriff soll nicht „zensiert“ werden, aber es soll eine kritische Betrachtung dieser Argumentation stattfinden sowie Sachunterricht zum Immaterialgüterrecht.

PP092 - Aktive Enthaltung bei Wahlen

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

CEdge

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:
- [2] Der Wähler soll auf dem Stimmzettel die Möglichkeit haben, sich seiner bzw. seinen Stimmen aktiv zu enthalten. Das bedeutet, dass durch ihn keine Partei und kein Kandidat Stimmen bekommt. Die Stimme wird jedoch als Aktive Enthaltung zählbar und sichtbar für die Öffentlichkeit.
- [3] Umgesetzt werden kann dies etwa durch Hinzufügen eines zusätzlichen Feldes für jede Stimme auf dem Wahlzettel für die Landtagswahlen.
- [4] Aktive Enthaltungen würden dann ähnlich wie ungültige Stimmen zum Wahlergebnis zählen, allerdings etwa bei der Sitzverteilung für ein gewähltes Parlament nicht gewertet.
- [5] Eine aktive Enthaltung hat verschiedene Vorteile. Der Wähler kann damit zum Ausdruck bringen, dass er keine der zur Wahl stehenden Parteien bzw. Kandidaten wählen möchte. Ein solcher Wille kann erst durch die Möglichkeit zur Aktiven Enthaltung explizit ausgedrückt werden.
- [6] Des Weiteren wird der (Un-)Wille der Wählerschaft dadurch besser sichtbar. Weder die gezielte Ungültigmachung des Stimmzettels noch das Fernbleiben von der Wahl lassen diese Auffassung eindeutig erkennen. Durch die Möglichkeit einer Aktiven Enthaltung kann Parteienverdrossenheit hingegen nicht mehr versteckt werden.
- [7] Nicht zuletzt wird so für mehr Menschen wieder ein Sinn und Zweck zum Wählen geschaffen. So werden sie wieder in den demokratischen Prozess eingebunden und bleiben im Vergleich zum Nichtwähler praktisch mit diesem vertraut.

Begründung

- [8] Die Piraten stehen für mehr Demokratie und mehr Wählermündigkeit auf dem Wahlzettel.
- [9] Wir haben bereits ein Konzept für das bayerische Wahlsystem beschlossen, diese Forderung kann dem hinzugefügt werden.

PP095 - Moderne Schulbildung

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

[Hilmar Vogel](#)

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag soll folgendes Positionspapier zur Schulbildung insgesamt oder falls der Antrag nicht als ganzer angenommen wird, modular beschliessen.

Modul 0 Präambel

- [2] Die Piratenpartei Bayern steht für eine Bildungslandschaft, welche die Vielfalt von unterschiedlichen Lernmodellen und Bildungsinstitutionen ausdrücklich zulässt und fördert. Die Piratenpartei Bayern verzichtet im Gegensatz zu den anderen Parteien bewusst auf einen Alleinvertretungsanspruch für ein bestimmtes Bildungsmodell und sieht in der Vielfalt von Institutionen und Modellen die einzig sinnvolle Voraussetzung für eine fruchtbare Weiterentwicklung des Bildungswesens zum Wohle aller. Nur in einem Bildungssystem, das vielfältige Bildungsangebote machen kann, hat der Einzelne eine Chance, ein Modell zu finden und zu wählen, dass seinen persönlichen Neigungen berücksichtigt und fördert.

Modul 1 Zugang zur Bildung

- [3] Bildung ist ein Grundrecht. Weder die soziale und kulturelle Herkunft noch die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Elternhauses dürfen einen Einfluss auf den individuellen Zugang eines Menschen zu Bildung haben. Bildung muss grundsätzlich kostenfrei sein, dies wird durch staatliche Finanzierung der Bildung realisiert. Bildungsgebühren jeglicher Art lehnt die Piratenpartei Bayern ab.

Modul 2 Neutralität der Bildungsinhalte

- [4] Bildungsinhalte müssen neutral und unabhängig von religiösen, politischen und weltanschaulichen Prägungen vermittelt werden. Der Religionsunterrichts soll abgeschafft und durch einen einheitlichen Ethikunterricht ersetzt werden.

Modul 3 Bildungsstandard

- [5] Die Angleichung der bayerischen Bildungsstandards an die von den Ländern in der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Bildungsrichtlinien sehen wir als Weg zum Abbau der Bildungsföderalismus. Insbesondere fordern wir ein Abschaffung von Lernplänen und die Einführung von Lernzielen.

Modul 4 Medienkompetenz

- [6] Die Integration von neuen Medien und der damit verbundene Erwerb von Medienkompetenz ist ein wichtiger Aspekt einer modernen Schulbildung. Dies muss entsprechenden dem zugrundeliegenden Unterrichtsfach

durchgeführt werden.

Modul 5 Lehrmittel

- [7] Staatlich finanzierte Lern- und Lehrmittel sollen für alle Menschen frei und kostenlos verfügbar sein und unter freier/offener Lizenz stehen. Dadurch wird es zukünftig möglich Lehrmittel auf die individuellen Bedürfnisse anzupassen und weiter zu entwickeln.

Modul 6 Finanzierung

- [8] Die finanzielle Situation der Schulen muss durch zusätzliche Investitionen verbessert werden. Die erhöhten Bildungsausgaben dienen zur Anstellung von zusätzlichen Personal für die Lehre, Verwaltung, psychologische wie auch pädagogische Betreuung an den Schulen. Weiterhin sind Medien und Lernorte zu modernisieren.

Modul 7 Keine Schulstrukturreform aus ideologischen Gründen

- [9] Die Individualität der Lernenden muss sich in der Vielfalt der Schulformen wieder spiegeln, alternative Schulkonzepte werden begrüßt und gefördert. Schulstrukturreform aus ideologischen oder parteipolitischen Gründen, die zu Reformfluten nach einem Regierungswechsel, und damit verbundenen Problemen für die Lernenden führen, lehnen wir kategorisch ab.

Modul 8 Ganztagsbetreuung an Schulen

- [10] Jeder staatlich anerkannten Bildungseinrichtungen soll die Möglichkeit einer Ganztagsbetreuung, und die daraus resultierende Finanzierung, zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Betreuung wird durch die örtliche Schulleitung, unter Einbeziehung der Eltern- und Lehrerschaft initiiert und durch staatliche Hilfen unterstützt. Eine Ganztagsbetreuung muss sinnvolle Nachmittagsaktivitäten anbieten und darf nicht als Verwahrauftrag angesehen werden. Die Integration von außerschulischer Vereinstätigkeiten oder ähnlichen ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen.

Modul 9 Schullaufbahnberatung

- [11] Durch eine turnusmäßige schulunabhängige pädagogische Beratung, werden den Erziehungsberechtigten und dem Kind die persönlichen Stärken und Schwächen aufgezeigt und Empfehlungen für die weitere Schullaufbahn gegeben, wie z.B. Schul- oder Fachschwerpunktwahl.

Modul 10 Bessere Betreuung

- [12] Das Verhältnis von Schülerzahl pro Lehrer ist zu verbessern. Dies wird durch zusätzliches Lehrpersonal und Verwaltungspersonal, welches die Lehrer unterstützen erreicht. Personal zur Förderung von Lernenden in Kleingruppen und eine personelle Reserve für den Krankheitsfall sind im ausreichenden Maße bereitzustellen.

Modul 11 Selbstbestimmung der Schule

- [13] Die örtliche Schulleitung muss mehr Mitsprache bei der Personalauswahl und der Gestaltung des eigenen Schulkonzepts erhalten. Durch das Festlegen auf Lernziele ist es jeder Schule möglich unter Einbeziehung von Lehrern, Schülern und Eltern ein eigenes, den örtlichen Gegebenheiten angepasstes Schulkonzept zu verwirklichen. Der Wechsel an andere Schulen wird dabei durch die landesweit festgesetzten Lernziele gewährleistet.

Modul 12 Lerntempo und Lernhilfen

- [14] Den unterschiedlichen Begabungen, Talente und individuellen Bedürfnissen des Schülers, müssen durch Förderung von über- und unterforderten Schülern und der Gewährung von individuelle Lerngeschwindigkeiten, z.B. durch Erreichen von Bildungsabschlüssen nach unterschiedlichen Schulzeitlängen, Rechnung getragen werden.

Modul 13 Schulpflicht

- [15] Wir stehen für die Beibehaltung der allgemeinen Schulpflicht, diese stellt sicher, dass Kinder und Jugendliche das Wesen einer gleichberechtigten, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft kennen lernen.

Modul 14 Primarstufe

- [16] Die Primarstufe muss mehr Kinder auf einen Bildungsweg zur Hochschulreife vorbereiten. Dieser Aufgabe kann sie nur gerecht werden, wenn herkunftsbedingte Leistungsunterschiede durch Förderung ausgeglichen werden. Dazu sind zusätzliche Kurse, z.B. im Fach Deutsch, wie auch geringere Klassengrößen nötig.

Modul 15 Sekundarstufen I und II

- [17] Das vorrangige Ziel eines Schulsystems muss sein, möglichst viele Schüler ohne Qualitätseinbußen zur Hochschulreife zu bringen. Alle Schüler sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben ohne Schulwechsel das Abitur anzusteuern. Die Unterschiede im Leistungsniveau der Schüler, wird in einer Schule mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten beachtet. Ein flexibles Kurssystem ergänzt und löst teilweise das feste Klassensystem ab.
- [18] Ein schlechtes Abschneiden in einem Fach führt dann nicht mehr zum Wiederholen der ganzen Jahrgangsstufe, sondern zur Wiederholung des betroffenen Kurses. Durch das Kurssystem können auch individuelle Schwerpunkte gesetzt werden, ähnlich den heutigen Fachrichtung, wie Wirtschaftsschule, naturwissenschaftliche Schule, sprachliche Schule usw.
- [19] Der Eintritt in die Sekundarstufe II bzw. das Erlangen von Abschlüsse, wie z.B. Mittlere Reife oder der qualifizierte Hauptschulabschluss wird durch das Absolvieren festgelegter Lernziele erreicht. Eine zusätzliche landeseinheitliche Abschlussprüfung kann in diesem Zusammenhang angedacht werden.
- [20] Die Erweiterung des Schulsystems ist nur mit einer starken gesellschaftlichen Unterstützung und unter Mitwirkung der Beteiligten, insbesondere der Schüler, Lehrer und Institutionen möglich und darf nicht von oben herab eingeführt werden.
- [21] Schulen mit Kurssystem sollen deshalb neben den bisherigen Schulformen eingeführt werden. Des weitem soll es möglich sein, dass eine bestehenden Schule Aspekte des Kurssystem übernimmt. Vor Ort entscheidet sich dann langfristig, welche Schule flexibler und effektiver ist und sich so auf Dauer durchsetzt.

Begründung

- [22] Mit dem klaren Bekenntnis zur Vielfalt im Bildungswesen betritt die Piratenpartei Bayern Neuland in der Bildungspolitik. Die Bildungspolitik darf nicht länger Gegenstand von parteipolitischen Streit sein, der zu Lasten der Schüler und Studenten, Lehrer und Dozenten geht. Der Staat sollte - anstatt ein oder wenige Modelle zu favorisieren - vor allem die Rahmenbedingungen festlegen, innerhalb derer sich die Bildung unter Mitwirkung der Beteiligten entwickeln kann und die Vielfalt der Bildungsmodelle fördern.
- [23] Die hier präsentierten Module sind nach dem Aufbau anderer Wahlprogramme gegliedert, erlauben weitere thematische Ergänzungen. Sie sind größtenteils aus dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland abgeleitete Forderungen und meist selbsterklärend.

- [24] Modul 14 und 15 ist eine Abwandlung des von der Piratenpartei NRW vorgeschlagenen Übergangsmodell und dient zur konkretisierenden Ergänzung des Positionspapiers.
- [25] zu Modul 3: Die durch die KMK verabschiedeten Vorgaben zur Sek I und II geben klare Bildungsstandards für bestimmte Bildungsabschlüsse an. Das aktuelle bayerische Schulsystem hat diese Standards zu einem überfrachteten Lehrplan erweitert, was den Wechsel in andere Bundesländer erschwert und für einen Bildungsföderalismus steht. Ersetzt man die Lehrpläne durch Lernziele, die sich an die Bildungsstandards orientieren, werden Hürden zwischen den Bundesländern abgebaut und den einzelnen Schulen trotzdem mehr Freiheiten gewährt.

PP098 - Positionierung zur Verfassungsänderung - Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Just-Ben

Antragstext

- [1] *Der Landesverband Bayern unterstützt folgende Änderung der bayersichen Verfassung: Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“*
- [2] Art. 3 Abs.2 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBlS. 816, 817), wird wie folgt geändert:
- [3] 1. Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- [4] 2. Es wird folgender Satz 2 angefügt: “Er fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land.“

PP099 - Positionierung zur Verfassungsänderung - „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Just-Ben

Antragstext

- [1] Der Landesverband Bayern unterstützt folgende Änderung der bayersichen Verfassung:
- [2] Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“
- [3] Art. 121 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816, 817), wird wie folgt geändert:
- [4] 1. Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt: „Staat und Gemeinden fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl.“
- [5] 2. Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

PP100 - Positionierung zur Verfassungsänderung - „Angelegenheiten der Europäischen Union“

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Just-Ben

Antragstext

- [1] Der Landesverband Bayern unterstützt folgende Änderung der bayersichen Verfassung:
- [2] Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Angelegenheiten der Europäischen Union“
- [3] Art.70 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBlS. 816, 817), wird folgender Abs. 4 angefügt:
- [4] „(4) Über Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Staatsregierung den Landtag zu unterrichten. Ist das Recht der Gesetzgebung durch die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union betroffen, kann die Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben durch Gesetz gebunden werden. Ist das Recht der Gesetzgebung durch ein Vorhaben der Europäischen Union betroffen, hat die Staatsregierung bei ihren verfassungsmäßigen Aufgaben die Stellungnahmen des Landtags maßgeblich zu berücksichtigen. Das Nähere regelt ein Gesetz.“

PP101 - Positionierung zur Verfassungsänderung - Schuldenbremse

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Just-Ben

Antragstext

- [1] Der Landesverband Bayern unterstützt folgende Änderung der bayersichen Verfassung:
- [2] Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – „Schuldenbremse“
- [3] Art.82 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), geändert durch Gesetze vom 10. November 2003(GVBl S. 816, 817), erhält folgende Fassung: „Art. 82
- [4] (1) Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Nettokreditaufnahme auszugleichen.
- [5] (2) Bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung kann von Abs. 1 abgewichen werden. In diesem Fall sind die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen.
- [6] (3) Bei Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann von Abs. 1 abgewichen werden. Hierfür ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die Kredite sind binnen eines angemessenen Zeitraums zurückzuführen.
- [7] (4) Die Aufnahme von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren führen können, bedürfen einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmaren Ermächtigung durch Gesetz.
- [8] (5) Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

PP103 - Vermeidung von Mülltourismus

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir setzen uns dafür ein den Export von Müll aller Art in Entwicklungsländer oder andere Länder Europas soweit wie möglich zu minimieren und durch gesetzliche Maßnahmen und Überwachungsmaßnahmen zu überprüfen.

Begründung

- [2] Wir exportieren Müll zur Verwertung in andere Länder mit geringen oder nicht vorhandenen Umweltstandards, siehe z.B. Elektroschrott nach Afrika usw. Dort aber schert sich niemand um die Arbeitsbedingungen oder die Umweltstandards. Zudem werden durch den Transport unnötige CO2-Emissionen verursacht und wichtige Rohstoffe werden unserem Land entzogen. Den Export von Müll, auch zur Verwertung, lehnen wir deshalb entschieden ab. Wer für die Entstehung des Abfalls verantwortlich ist, muss sich auch um dessen Verwertung und Entsorgung kümmern.

PP104 - Verschwendung öffentlicher Mittel senken

Positionspapier

Diskussion WIKI

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir fordern bei allen öffentlichen Bauvorhaben in Bayern mit Federführung von Land, Bezirken oder Kommunen und einem prognostizierten Gesamtvolumen von mehr als 10 Millionen Euro die Prüfung der Kalkulationen und die Überwachung der Vergaben durch eine neu einzurichtende 5. Abteilung beim Bayerischen Obersten Rechnungshof (ORH) durchführen zu lassen. Lokale Behörden sollen verpflichtet werden in Prüfungsgemeinschaften mit dem ORH zu arbeiten. Der ORH soll ein direktes Antragsrecht im Bayerischen Landtag erhalten um strittige und kritische Vorhaben zeitnah selbst auf die Tagesordnung zu setzen und eine Vertuschung in Ausschüssen zu erschweren bzw. zu unterbinden. Wird eine Kostensteigerungen von mindestens 50% zum vereinbarten Preis erreicht ist automatisch ein paritätisch aus Vertretern sämtlicher Landtagsfraktionen und Vertretern des ORH gebildeter Untersuchungsausschuß einzusetzen. Sämtliche Prüfungsberichte, Sitzungen und Ergebnisse dieser Ausschüsse sind unverzüglich zu veröffentlichen. Bei Vergaben der öffentlichen Hand bei solchen Projekten verpflichten sich die teilnehmenden Firmen künftig vorab schriftlich auf einen Verzicht der Einrede gegen die Veröffentlichung. Firmen welche eine Zustimmung verweigern sind von diesen Vergaben auszuschließen.

Begründung

- [2] Erklärung: Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) ist eine der Bayerischen Staatsregierung gegenüber selbständige, nur dem Gesetz unterworfenen obersten Staatsbehörde (Artikel 80 der bayerischen Verfassung). Er hat seinen Sitz in München. Institution und richterliche Unabhängigkeit des Rechnungshofs sind durch die Bayerische Verfassung gewährleistet. Seine Aufgabe ist die staatliche Finanzkontrolle in Bayern mit ca. 130 Beschäftigten gesamt. Weitere Angaben finden sich hier: http://de.wikipedia.org/wiki/Bayerischer_Oberster_Rechnungshof
- [3] Bei öffentlichen Bauvorhaben sind mittlerweile Kostensteigerungen um mehrere Hunderte Prozent die Regel und nicht die Ausnahme. Gerade im Hinblick auf die in Bayern grassierende Verschwendung von Steuergeldern im Bereich von mindestens 5 Mrd. Euro pro Jahr ist eine verstärkte Kontrolle dringend notwendig. Viele größere Bauvorhaben wie 3. Startbahn MUC, 2. S-Bahn-Stammstrecke München usw. könnten in naher Zukunft zu bewältigen sein mit ungahnten Belastungen der öffentlichen Haushalte.

PP105 - bayernweites Nachtflugverbot

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir setzen uns dafür ein, dass bayernweit ein generelles Nachtflugverbot in der Zeit von 23 Uhr abends bis 6 Uhr morgens eingeführt wird unter Beachtung der üblichen Ausnahmeregelungen für verspätete Flüge, Unfälle etc.
- [2] Flughäfen welche gezielt den nächtlichen Flugverkehr ausweiten möchten müssen sowohl ausreichende Maßnahmen zum Lärmschutz nachweisen als auch Ausgleichszeiten in anderen Tageszeiten, welche als Kompensation dienen.
- [3] Diese bayernweite Regelung wird auf Gesetzesebene festgeschrieben, ein Ersatz/Umgehung auf dem verwaltungsrechtlichen Wege ist auszuschließen.

Begründung

- [4] Die Anwohner in den betroffenen Bereichen Bayerns leiden schon ausreichend unter Fluglärm, wenigstens ein Kernbereich privater Lebensführung muss vor Fluglärm geschützt werden.

PP106 - Reform der Grundsteuer

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir fordern eine Reform der Grundsteuer: Die bisher aus den 1960er Jahren zugrunde gelegten Verkehrswerte müssen endlich aktualisiert und heutigen Verkehrswerten angepasst werden. Die heutigen Werte entsprechen trotz Hebesatzveränderungen nichtmal ansatzweise den aktuellen Werten. Dies spült nicht nur Geld in die klammen kommunalen Kassen, sondern schafft auch mehr Steuergerechtigkeit.

Begründung

- [2] Die bisher aus den 1960er Jahren zugrunde gelegten Verkehrswerte müssen endlich aktualisiert und heutigen Verkehrswerten angepasst werden.

PP107 - Unabhängigkeit der Justiz

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir fordern die Unabhängigkeit der Justiz in Bayern zu stärken. Um politische Einflussnahmen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen auszuschließen fordern wir die Abschaffung der externen Weisungsbefugnis der Justizminister zur Sachbehandlung im Einzelfall. Zudem setzen wir uns ein für Stellenausschreibungen bei der Besetzung höchster Posten an bayerischen Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Begründung

- [2] Eine unabhängige Justiz ist Grundlage jeden Staatswesens. Politische Einflußnahme ist weitestgehend zu unterbinden soweit möglich. Eine Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz schützt den Bürger.

PP108 - Geldgeschenke für Landtagsabgeordnete

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir fordern die sofortige Änderung der „Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bayerischen Landtags“ und zwar speziell den Passus II.2. Bayerische Landtagsabgeordnete dürfen Geldgeschenke (von wem auch immer) anonym annehmen. Die geltenden Anti-Korruptionsregeln für Amtsträger (Beamte, Richter, andere Angehörige des öffentlichen Dienstes) müssen auf die Mandatsträger ausgeweitet werden. Was für Exekutive und Judikative gilt, muss auch für die Legislative gelten!

Begründung

- [2] Siehe hierzu Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bayerischen Landtags Vom 9. Dezember 1993, Stand: letzte berücksichtigte Änderung: Abschnitt I und II geänd. (§ 2 G v. 24.6.2004, 226). Online einsehbar z.B. unter
- [3] <http://www.gesetze-bayern.de/jportal/portal/page/bsbayprod.psml?showdoccase=1&doc.id=jlr-AbgVerhRglBY1994rahmen&doc.part=X>

PP109 - Abschaffung der Schulsprengel

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir fordern die landesweite Aufhebung der in §42 BayEU festgelegten Schulsprengel und freie Schulwahl sowohl auf Ebene von Grundschule, Hauptschule, Sonderschulen und Berufsschulen in Bayern.

Begründung

- [2] Erläuterung Schulsprengel, Zitat Wikipedia: "Ein Schulsprengel (oft identisch mit dem Schulbezirk) ist ein abgegrenztes Einzugsgebiet, das einer bestimmten Regelschule zugeordnet ist. Die dort wohnenden schulpflichtigen Kinder sind grundsätzlich zum Besuch dieser zuständigen Schule verpflichtet. Da insoweit der Elternwille eingeschränkt wird, ist diese aus der Weimarer Republik stammende Regelung umstritten. Das Prinzip der Sprengelpflicht wird auch als Sprengelprinzip bezeichnet."
- [3] Die Sprengelpflicht wurde in NRW als erstem Bundesland im Jahre 2008 abgeschafft. Nach Startschwierigkeiten hat sich das Verfahren seitdem bewährt.
- [4] Die Abschaffung der Sprengelpflicht ist in Bayern besonders wichtig weil im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern nicht nur Grundschulen sondern auch Hauptschulen, Sonderschulen und Berufsschulen betroffen sind.
- [5] Der in Bayern zugrunde liegende § 42 BayEU findet sich online z.B. hier:
- [6] <http://www.gesetze-bayern.de/jportal/portal/page/bsbayprod.psml?showdoccase=1&doc.id=jlr-EUGBY2000V27Art42>

PP110 - Verfallsautomatik für Gesetze und Vorschriften in Bayern

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir fordern, dass auf bayerischer Ebene zukünftig alle neuen Gesetze und Vorschriften befristet werden auf 5 Jahre mit einem Verfallsdatum. Verwaltungsvorschriften, deren Notwendigkeit nicht in einer bestimmten Frist nachgewiesen bzw. begründet werden konnten, verfallen automatisch zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die verbleibenden Verwaltungsvorschriften gelten grundsätzlich nur noch für fünf Jahre und müssen ihre Erforderlichkeit in diesem Rhythmus nachweisen. Die verbleibenden Verwaltungsvorschriften sind in einem Elektronischen Verwaltungsvorschriften-Informationssystem (ELVIS) transparent zugänglich zu machen nach dem Beispiel des Bundeslandes Saarland.

Aktuelle Fassung

- [2] Der entsprechende Passus wird im Saarland seit 1999 erfolgreich angewendet, über 60% der Vorschriften konnten so abgeschafft werden. Weitere Informationen finden sich z.B. unter http://www.saarland.de/moderne_verwaltung.htm. Es ist kein Grund zu finden, warum dieses Verfahren in Bayern nicht genauso erfolgreich angewendet werden könnte.

Begründung

- [3] Warum sollte der Landesparteitag den Antrag behandeln und annehmen? Erläuterung der Satzungsänderung/Sonstigen Antrags. Die Begründung gerät nach Behandlung des Antrag in Vergessenheit. Daher soll die Argumentation eines Positionspapiers im Antrag stehen.

PP111 - Legislaturperiode des Landtages auf 4 Jahre verkürzen

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Positionspapier: Wir setzen uns dafür ein die Legislaturperiode des bayerischen Landtags von 5 auf 4 Jahre zu verkürzen. Durch die kürzere Wahlperiode wird den Bürgern eine häufigere Einflussnahme auf die Zusammensetzung des Landtages gewährt. Zudem ist die politische Arbeit der gewählten Parteien in einem Zeitraum von vier Jahren wesentlich leichter zu erfassen und somit deutlich transparenter.

Begründung

- [2] In Anlehnung an die Forderung aus dem Wahlprogramm der Piraten NRW, Quelle: https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/b/bf/WahlprogrammNRW2012_Basis_V2_PrintA5.pdf

PP112 - Freie Gewissensentscheidung von Mandatsträgern der Piratenpartei

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

TurBor

Antragstext

- [1] *Der Landesparteitag möge folgenden Text als Vorgabe für alle zukünftigen Mandatsträger und Kandidaten der Piratenpartei, als Selbstverpflichtung, sowie als Erklärung gegenüber dem Wähler beschließen:*
- [2] Die Piratenpartei schätzt die Gewissensfreiheit als sehr hohes Gut ein, auch und besonders von Mandatsträgern, wie sie im Grundgesetz (Art. 38(1)) verankert ist. Deshalb sieht die Piratenpartei keinen Mandatsträger dazu verpflichtet, sich in seinem Abstimmverhalten und seinen Äußerungen als gewählter Volksvertreter an Weisungen irgendwelcher Art zu halten. Dazu zählen unter Anderem:
 - Mehrheitsentscheidungen in der jeweiligen Fraktion;
 - Entscheidungen von Organen der Piratenpartei, beispielsweise des Vorstands einer Gliederung oder des Parteitags bzw. Mitgliederversammlung einer Gliederung;
 - die in den Wahl- und Grundsatzprogrammen niedergeschriebenen politischen Positionen der Piratenpartei.
- [3] Zugleich ist die Piratenpartei an einer ehrlichen und offenen Politik interessiert. Jeder, der seine Kandidatur bei der Wahl einer Volksvertretung aufstellt ist deswegen angehalten, von sich aus mögliche Konfliktpunkte mit den bestehenden Programmtexten und Beschlüssen der jeweiligen Gliederung anzusprechen, um den wählenden Piraten eine qualifizierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Ebenso sollten Abstimmungsverhalten oder Äußerungen, die nicht den programmatischen Beschlüssen der Piratenpartei entsprechen, im Einzelfall transparent begründet werden.

Begründung

- [4] Viele scheinen hinter dem Dogmatismus der Parteiprogramme und der Basisdemokratie nicht mehr den Wert der Meinungsvielfalt erkennen zu können. Dieser Antrag soll Klarheit darüber schaffen, was wir von jeglichen Ideen des "imperativen Mandats" gegenüber gewählten Piraten halten.
- [5] Die ausführliche Begründung des Antrags findet sich im Wiki: <http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:TurBor/Begr%C3%BCndung>
- [6] Die Abstimmung im Bundes-LQFB (ohne den letzten Satz) brachte 71% Zustimmung: <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1665.html>

2 Bundesprogramm

BP009 - Vermeidung von Müllverbrennung

Bundesprogramm

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Daniel Seuffert

Antragstext

- [1] Bundesprogramm: Es wird beantragt folgende Wahlprogrammänderung dem Bundesparteitag zu empfehlen: ...
- [2] Die Piratenpartei setzt sich bundesweit für ein sofortiges Verbot der Neugenehmigung von Müllverbrennungsanlagen (MVA) durch entsprechende Änderung der Bundesimmissionschutzverordnung (BImSchV) und anderer Gesetze aus sowie die schrittweise Reduzierung der vorhandenen Müllverbrennungsanlagen im Zeitraum von 30 Jahren. Weder die beim Transport des Abfalls noch bei der Verbrennung auftretenden Umweltbelastungen sind akzeptabel und auf Dauer ist Verbrennung die gleiche Sackgasse wie die bereits erfolgreich gelöste Frage der Deponierung. Die Verwertungsquoten aller wichtigen Abfallarten müssen durch entsprechende Maßnahmen ausreichend gesteigert werden.

Begründung

- [3] Die zurückgehenden Rohstoffvorkommen in vielen Bereichen machen eine zunehmende Verwertung von Abfall sowieso mittelfristig unabdingbar. Müll ist zu wertvoll, um ihn zu verbrennen!

BP010 - Gegen Antisemitismus und Antizionismus

Bundesprogramm

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

TurBor

Antragstext

- [1] *Der Landesparteitag möge folgenden Text als Antragspapier (zur Vorlage als Grundsatzprogrammantrag beim nächsten Bundesparteitag) beschließen:*
- [2] Die Piratenpartei lehnt jegliche Formen von Antisemitismus kategorisch ab. Dabei verstehen wir den Antisemitismus nicht nur als offenen, rassistischen Judenhas, wie er insbesondere von rechtsradikalen Gruppierungen verbreitet wird. Vielmehr hat antisemitisches Gedankengut zahlreiche Ausprägungen, die sich durch Verschleierung und unter dem Deckmantel legitimer Meinungsfreiheit gesellschaftsfähig zu machen versuchen. So bedienen sich Vorstellungen, nicht näher benannte Gruppen von “Strippenziehern“ würden nach weltweiter Kontrolle über Wirtschaft und Politik streben oder wären für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich, oftmals antisemitischer Klischees und Stereotypen und sind kritisch zu betrachten. Ebenso sind einseitige, pauschal israelfeindliche und gegen das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels gerichtete Positionen zum Nahostkonflikt als antisemitisch anzusehen, sofern sie die Verfolgung und Diskriminierung von Juden verharmlosen, relativieren oder rechtfertigen.
- [3] Die Piratenpartei stellt sich entschieden gegen jede Form von Antisemitismus und schließt jegliche Zusammenarbeit und Unterstützung von antisemitischen und antizionistischen Gruppierungen aus.

Begründung

- [4] Es gibt zwei wesentliche Gründe, warum die allgemeine Aussage im Bundesprogramm “Gemeinsam gegen Rassismus“ um eine explizite Aussage zum Antisemitismus erweitert werden sollte:
 - Historisch war der Antisemitismus in Deutschland für den Holocaust verantwortlich und nimmt deshalb einen besonderen Platz in der deutschen Geschichte ein. Er sollte deshalb separat von anderen fremdenfeindlichen und rassistischen Ideologien betrachtet werden (ohne, dass dadurch sonstige Formen von Rassismus in irgendeiner Weise relativiert werden). Die Erklärung gegen Holocaustleugnung von Neumünster ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung, greift aber noch viel zu kurz.
 - Der Antisemitismus hat im Laufe seiner jahrhundertelangen Evolution zahlreiche Formen entwickelt, die weit subtiler sind, als offener Fremdenhass, und deshalb sogar in einer gegenüber dem Antisemitismus stark sensibilisierten Gesellschaft Fuß fassen können. Zwei deutlichste Beispiele sind im Antrag explizit benannt: zum einen ist es der Antizionismus, der unter dem Deckmantel (legitimer) Kritik am israelischen Staat und seiner Politik Verbrechen gegen Juden verharmlost, relativiert und sogar gutheißt. Zum Anderen bedienen sich die gerade in Krisenzeiten aufkommende System-, Geld-, Zins-, Banken- und sonstige Kritiker alter antisemitischer Klischees, die Juden ein Streben nach Weltherrschaft, die Kontrolle über die Wirtschaft (“Hochfinanz“), das Betreiben von Geheimbündnissen (“Weise von Zion“) und sonstige gegen den Rest der Menschheit gerichtete Bestrebungen unterstellen. Der Antrag zielt keinesfalls darauf ab, jegliche Kritik an Israel oder am aktuellen Finanzsystem als antisemitisch abzustempeln, es muss aber

stets Wachsamkeit geleistet werden, um das Abdriften legitimer Kritik in Richtung antisemitischer Klischees früh zu erkennen und zu unterbinden. Der Antrag sieht ebenfalls vor, Zusammenarbeit zwischen Piraten und antizionistischen Gruppierungen auszuschließen. Dass das Thema hochaktuell und bisant ist zeigt die aktuelle Debatte um die Aussagen von Jakob Augstein.

[5] Weiterführende Artikel zum Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus:

- <http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37954/antizionistischer-antisemitismus>
- <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/a/antizionismus>
- <http://shalom-bayern.blogspot.de/2011/04/uber-antisemitismus-antizionismus-und.html>
- <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/linker-antisemitismus.htm>
- http://en.wikipedia.org/wiki/3D_Test_of_Antisemitism
- http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/EXpertenkreis_Antisemitismus
- <http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/>

[6] Diskussion zu dem Antrag in der Antragsfabrik zum Landesparteitag 2012.2:

http://wiki.piratenpartei.de/BY:Landesparteitag_2012.2/Antragsfabrik/Position_gegen_Antisemitismus_und_Antizionismus

PP022 - Klarstellung des Begriffes “faschistisch“

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Wigbold

Antragstext

- [1] Bezugnehmend auf §1 Abs.1 der Satzung beantrage ich hiermit für die PIRATEN folgende Klarstellung des Begriffes “faschistisch“ sowie Indikatoren für faschistische Bestrebungen in einem politischen/staatsbildenden Kontext festzustellen:

Begriffsklarstellung “faschistisch“

- [2] “Faschistisch“ sind Bünde, die sich über Einzelne hinwegsetzen, Einzelne für ihren Bund auf Basis ihrer Macht vereinnahmen sowie als Bund Macht über andere ausüben. Der Zusammenhalt des Bundes ist geprägt von einer totalitären Ethik. Der Anspruch des Machterhalts fordert die Erhaltung des Bundes mit jedem Mittel.

Indikatoren für faschistische Bestrebungen, politischer Kontext:

- [3] Folgende Indizien können vermehrt zutreffend auf faschistische Bestrebungen hinweisen.
- Totalitätsanspruch (totalitäre Auffassung vom Primat der Politik)
 - Führung durch Eliten bzw. Führer
 - Militarisierung von Politik
 - kulturstiftende Ideologie - auf Mythen basierend mit Riten und Symbolen vermittelt (politische Religion)
 - korporative, hierarchische Organisation der Wirtschaft
 - Funktionshierarchisches Gesellschaftsmodell
 - Vorstellung einer “neuen Ordnung“, welche die parlamentarische Demokratie zerstört
 - antiideologischem Ideologie mit pragmatischem Charakter - Ideologie gegen materialistische, liberale, marxistische und konservative Weltanschauungen
 - Assimilation der bürgerlichen Gesellschaft und Organisationen (Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Kräfte)
 - Völkischer Nationalismus
 - ausgeprägtes Denken in sich ausschließenden Kategorien
 - Aufhebung der Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem
 - absolute Unterordnung des Bürgers unter den Staat
 - Überwachung, Kontrolle und Unterdrückung von Dissens und Opposition

- fortwährenden Revolution: andauernde Agitation der gesamten Gesellschaft (Massenmobilisierung)
- politisches System, das auf der Symbiose von Partei und Staat beruht
- Technokratie / Expertokratie
- Bestimmung *sozialer* Nutzbarkeit von Menschen
- imperialistische Expansion zur Schaffung einer neuen (Welt-)Ordnung

Begründung

- [4] Um Faschismen begegnen zu können, ist eine klare Aussage zu finden, was “faschistisch“ ist. Gleichmaßen sind Indikatoren für Faschismus zu benennen.
- [5] Um nicht blind für moderne Faschismen zu werden, ist “faschistisch“ in soweit zu differenzieren, daß Nationalsozialismus eine Ausprägung von Faschismus ist: Ein Bund, der den Nationalsozialismus aus einer totalitären Ethik begründet, sich selbst als Staat bzw. Nation bestimmt und politisch Jedermann für sich je nach Nützlichkeit vereinnahmt, entrechtet, vernichtet.
- [6] Eine phänomenologische Geschichtsschreibung des “Faschismus“ und daraus entwickelte Faschismustheorien sind für eine unmittelbare kritische Reflektion des eigenen politischen Handelns zu umfangreich und zu komplex. Die wissenschaftliche Theorie ist auch eine akademische und keine verantwortende Interpretation von “Faschismus“ und ermöglicht so nur schwer die unmittelbare Selbstkritik.
- [7] Eine Zeitreise mittels zeitgenössischer Literatur bietet eine Sichtweise auf den “Faschismus“ der Betroffenen. - So wurde schon früh angemerkt, dass die Begriffsherkunft nichts über inhaltliche Ziele aussage. So schrieb Fritz Schotthöfer bereits 1924 in *“Il Fascio. Sinn und Wirklichkeit des italienischen Fascismus“*. Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt am Main 1924, S. 64:
- [8] *“Der Faschismus hat einen Namen, der an sich nichts sagt über den Geist und die Ziele der Bewegung. Ein Fascio ist ein Verein, ein Bund, Fascisten sind Bündler, und Fascismus wäre etwa Bündlertum.“*
- [9] Schotthöfers Darstellung von “Faschismus“ läßt dessen Initialisierung als faschistische Bestrebung erkennen. Obige Klarstellung im Sinne totalitärer Bünde ermöglicht innerparteiliche Selbstkritik sowie eine Selbstreflektion der Mitglieder im Bezug auf “faschistische Bestrebungen“ und den Konflikt mit der Parteisatzung.
- [10] Phänomentologisch beobachtete Indizien können zudem eine Orientierung im Bezug auf Politik geben. Folgende Personen schafften die inhaltlichen Quellen für die obigen Indikatoren faschistischer Bestrebungen: [Fritz Schotthöfer](#), [Emilio Gentile](#), [Hannah Arendt](#), [George Orwell](#)
- [11] Dieser Antrag soll den Begriff “faschistisch“ klarstellen und so eine selbstkritische Reflektion der PIRATEN und ihrer Mitglieder im Bezug auf die angestrebte Politik sowie die Parteiorganisation ermöglichen.

PP023 - Überarbeitung POS009

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Wigbold

Antragstext

Grundsätze: Politischer Standpunkt und Selbstverständnis

- [1] (1) Den Ursprung allen Rechts sehen die PIRATEN im dem Recht, was mit jedem Menschen geboren wird. Jeder Mensch hat sein natürliches Recht, sein Menschenrecht als Naturrecht, das dem durch soziale Normen geregelten gesetzten oder positiven Recht vorhergeht und übergeordnet ist. Als besondere Quellen des Naturrecht sehen die PIRATEN: Die individuelle Selbsterkenntnis und Orientierung des Gewissens, die Natur an sich und die Vernunft.
- [2] (2) Das politische Menschenbild der PIRATEN respektiert das Recht jedes Menschen: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. - Die PIRATEN bekennen sich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- [3] (3) Die Sitten einer Gemeinschaft ergeben sich aus der individuellen Moral der Mitglieder als fließende kollektive Übereinkunft darüber, was für die Mitglieder der Gemeinschaft als Sittengesetz verbindlich ist. Gemeinschaften als Gruppen von freien Menschen sowie ihre Sitten werden von den PIRATEN respektiert, solange sie die vorhergehende freiheitliche Gesellschaft aller Menschen akzeptieren und weiterführend respektieren.
- [4] (4) Der Begriff "Freiheit" ist für den einzelnen Menschen nicht allgemein bestimmbar. Erst in einer Gesellschaft von Menschen erfährt "Freiheit" Bedeutung; - dahingehend, dass die Freiheit des Einen sich immer an der Freiheit des Anderen manifestiert. Dieser Grundsatz ist es, der eine freiheitliche Gesellschaftsordnung fordert.
- [5] (5) Demokratie ist wesentlich durch das Tun der Menschen in Sorge um das Gemeinwohl bestimmt. Direkte Demokratie ist hierbei das unmittelbare Tun der Menschen an sich. Demokratisches Handeln orientiert sich nicht am Nutzen einer Mehrheit, sondern immer am Wohl jedermanns. Demokratie braucht Freiheit.
- [6] (6) Die PIRATEN bekennen sich zu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz verfasst das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland, das durch die bürgerliche Gesellschaft bestimmt wird. Die *Individuelle Freiheit* der Bürger ist wie ihre *Republikanische Freiheit* hierfür Voraussetzung. Der als Republik verfasste demokratische und soziale Rechtsstaat Deutschland ist eine Herrschaftsform. Es ist unbedingt notwendig, der herrschenden Kraft den Anspruch der Individuellen Freiheit als Normative gegenüberzustellen.
- [7] (7) Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Ursprung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung garantiert jedem einzelnen Bundesbürger seine Grundrechte, die sich aus den Menschen- und Bürgerrechten ergeben. Die PIRATEN sehen diese Grundrechte der Bürger als Schranken für das Staatswesen. Diese schützen jeden Menschen vor Übergriffen sowie Willkür herrschender Politik.
- [8] (9) Die PIRATEN sprechen sich gegen eine Einschränkung der Grundrechte durch die herrschende Politik aus und sehen das Grundgesetz - insbesondere die "Grundrechte" in ihrer ursprünglichen Form von 1949 als maßgeblich.

- [9] (10) Die PIRATEN setzen sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein. Sie beanspruchen die Grundrechte insbesondere gegen das Staatswesen sowie dessen Einrichtungen.
- [10] (11) Die bürgerliche Gesellschaft wird mit dem Staatswesen, dem demokratischen und sozialen Bundesstaat bestimmt. Ebenso sind die Bundesländer den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes verpflichtet. Der Gleichsetzung des Begriffes "sozialer Bundesstaat" bzw. "sozialer Rechtsstaat" mit "Sozialstaat" folgen die PIRATEN nicht. Der soziale Rechtsstaat hat jedoch insbesondere die Verpflichtung, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die die Menschen an der Bildung bürgerlicher Gesellschaft hindern. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass niemand aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen ist: Für den Rechtsstaat ist jedermann gleichermaßen Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft.
- [11] (12) Die gesellschaftliche Aufgabe des sozialen Rechtsstaates ist die Verwirklichung von Recht.
- [12] (13) Die PIRATEN sehen in der Annäherung an die Individuelle Freiheit der Menschen die normative Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. *Individuelle Freiheit* bedeutet insbesondere eine Freiheit vor Herrschaft, die unmittelbar den ganzen, unteilbaren Menschen erfasst.
- [13] (14) Die Politik der PIRATEN orientiert sich am Wohle der Allgemeinheit. Die Allgemeinheit wird jedoch nicht als Kollektiv verstanden, sondern als jedermann. Gemeinwohl verwirklicht sich in der für jedermann geltenden Rechtsordnung.
- [14] (15) Die PIRATEN respektieren die Gewaltenteilung des Staatswesens in die drei Staatsgewalten: die Legislative, Exekutive und Judikative. Das Zusammenspiel der drei Staatsgewalten setzt voraus, dass keine über die anderen die Oberhand gewinnt und sie beherrscht. Selbiges gilt für die föderative (vertikale) Gewaltenteilung.
- [15] (16) Analog zur Gewaltenteilung sehen die PIRATEN eine Gefahr in der Konzentration von politischer Macht. Sie fordern eine strikte Aufteilung von politischen Themengebieten und der sie betreffenden Definitionshoheit. Nur so ist es möglich, mehr Menschen an der Gestaltung teilhaben zu lassen und vielfältig polarisierenden Machtinteressen entgegenzuwirken.
- [16] (17) Ein "Bürger" ist durch seine Freiheit definiert: Selbstständigkeit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Selbstverwaltung sowie Entscheidungs- und Handlungsfreiheit. Ein Bürger handelt frei in Verantwortung vor sich selbst und in Berücksichtigung des Anderen. Die Freiheit der Bürger selbst kann nicht durch das Staatswesen hergestellt sondern nur eingeschränkt werden. Die PIRATEN setzen sich für die Freiheit der einzelnen Menschen sowie menschlicher Gemeinschaften ein - ganz im Sinne einer kulturellen Vielfalt.
- [17] (18) Durch auf die Gesetzgebung wirkenden Lobbyverbände und eine unkritische herrschende Politik sehen die PIRATEN den Bürgerbezug der Staatsbildung gefährdet. Die PIRATEN wollen der Öffentlichkeit eine bürgerbezogene Perspektive geben und den Bürgern eine Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen bieten. Sie sind kritisch gegenüber herrschenden Lehrmeinungen und Quasi-Standards.

Bürger, Information, Cyberspaces, Internet

- [18] (19) Den Verlust des Bürgerbezugs von Politik begleitet eine strukturelle sowie informationelle Gleichschaltung der Staatsgewalten durch die herrschende Politik. Die staatsrechtlich verankerte Gewaltenteilung wird untergraben. Die Vernetzung von Informationen bzw. von Informationsmaschinen sowie die Formalisierung der Menschen in willkürliche informationelle Strukturen raubt den Menschen ihre Individualität und ordnet sie einer dividuellen und so informationell beherrschbaren Masse unter. Die herrschende Politik implementiert so bewusst oder unbewusst eine übergeordnete systemimmanente Gewalt, die auf informationeller Fremdbestimmung aufbaut. Der Mensch wird als instanziiertes Objekt einer Klasse mit programmierten Automaten verbunden. Die PIRATEN wollen einer politisch motivierten Cyberkratie entgegenwirken, die einer Techno- bzw. Expertokratie entspricht und im orwellschen Sinn eine Vorstufe von Faschismus darstellt.
- [19] (20) Eine Cyberkratie bestimmt die Menschen durch programmierte Steuerungsräume (Cyberspaces). Sie übt Kontrolle dadurch, dass sie den Freien Willen des Menschen beschränkt auf die Auswahl zwischen programmierten Optionen. Ein Mensch wird so zum gesteuerten, festgelegten Automaten.

- [20] (21) In diesem Sinne betrachten die PIRATEN besonders kritisch die Bestrebungen der herrschenden Politik, Private Informationsmaschinen der bürgerlichen Gesellschaft mit denen der öffentlichen Einrichtungen zu vernetzen, bzw. Einfluß auf die Vernetzung und Datenhaltung der privaten Informationssysteme zu nehmen, und sich Zugriff zu verschaffen. Besonders Partnerschaften öffentlicher und privater Einrichtungen mit dem Zweck der informationellen Vernetzung zur Kontrolle und Steuerung sehen die PIRATEN als Gefahr für die Individuelle Freiheit der Menschen.
- [21] (22) Das Recht auf Informationelle Selbstbestimmung muss insbesondere vom Staatswesen respektiert werden. Die zunehmende horizontale Vernetzung von Personeninformationen durch die Staatsräson führt zu politischer informationeller Willkür, d.h: Beliebige Datenmuster werden im Umkehrschluß auf Menschen bezogen. Die Menschen werden so beliebig vermasst - einer Masse zugeordnet. Sogesehen entsteht eine statistische bzw. systemische Mitte, die zum politischen Machterhalt gesetzgebend adressiert und mehrheitsdemokratisch genutzt werden kann: Minderheiten werden so durch modellierte *Normalität* beherrscht.
- [22] (23) Die PIRATEN erkennen in der informationstechnologischen Vernetzung der Menschen einen besonderen Schwerpunkt ihrer Politik. Cyberspaces (Steuerungsräume) und Menschen treffen aufeinander.
- [23] (24) Informations- wie kommunikationstechnische Vernetzungen sind hierbei lediglich neutrales Medium für die Kommunikation zwischen den Cyberspaces bzw. für den Zugang zu den Cyberspaces.
- [24] (25) Es wird von den PIRATEN kritisch unterschieden zwischen staatlichen Cyberspaces, die als öffentliche Sache der Republik zugehörig und durch Politik bestimmt sind - und Cyberspaces der bürgerlichen Privatsphäre, die einer Öffentlichkeit lediglich zugänglich gemacht werden.
- [25] (26) Die PIRATEN wollen die politische Wahrnehmung des Internet als “interconnected networks“ - miteinander verbundene autarke Netzwerke!
- [26] (27) Die PIRATEN wollen eine strikte Gewaltenteilung gerade im Bezug auf behördliche Informationsmaschinen bzw. Netzwerke sowie informationelle Strukturen.
- [27] (28) Die PIRATEN wollen keine informationelle *Partnerschaft* zwischen privaten und öffentlichen Steuerungsräumen. Kein Austausch bzw. Abgleich von Daten und Datenstrukturen.

Begründung

- [28] Das Positionspapier wurde überarbeitet und soll nun in der neuen Fassung abgestimmt werden.
- [29] Differenzen der Fassung finden sich [HIER](#).

PP024 - Wirtschaftspolitische Grundsätze

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Wigbold

Antragstext

- [1] Der LPT möge folgende wirtschaftspolitischen Grundsätze als Position feststellen:

Wirtschaftspolitische Grundsätze

Präambel

- [2] Um klar verständliche wirtschaftspolitische Ordnungen zu gestalten, bedarf es verständlicher Grundsätze. Folgende Grundsätze dienen dem Verständnis und stellen eine Information dar, wie PIRATEN Wirtschaftspolitik grundlegend argumentieren. Sie stellen gleichermaßen den initialen Lösungsraum für wirtschaftspolitische Aufgaben.
- [3] Die unten manifestierten **Wirtschaftspolitischen Grundsätze** folgen drei Prämissen:
- [4] (1) Die PIRATEN entwickeln unvoreingenommen sowie kritisch gegenüber herrschenden Lehrmeinungen und Quasi-Standards Wirtschaftspolitik.
- [5] (2) Die PIRATEN sehen in der Individuellen Freiheit der Menschen die angestrebte Normative einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.
- [6] (2) Durch auf die Gesetzgebung wirkenden Lobbyverbände und eine unkritische herrschende Politik sehen die PIRATEN den Bürgerbezug von Wirtschaftspolitik gefährdet. Die PIRATEN wollen der Öffentlichkeit eine bürgerbezogene Perspektive geben und den Bürgern eine Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen bieten.

Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftssystem

- [7] (1) Die Wirtschaft oder Ökonomie ist die Gesamtheit aller Einrichtungen und Handlungen, die der planvollen Deckung des menschlichen Bedarfs dienen. Wirtschaftspolitik beschäftigt sich mit Organisationsprinzipien von Wirtschaftssystemen und insbesondere deren rechtlicher Ordnung.
- [8] (2) Eine Wirtschaftspolitik der PIRATEN ist am Wohle der Allgemeinheit orientiert. *Die Allgemeinheit* wird jedoch nicht als Kollektiv verstanden, sondern als Jedermann in einer Gesamtheit. Diese Gesamtheit verwirklicht der soziale Rechtsstaat nach republikanischen wie demokratischen Grundsätzen als bürgerliche Gesellschaft. Ebenso verwirklicht er "Gemeinwohl" durch seine Rechtsordnung.
- [9] (3) "Markte" werden durch handelnde Menschen gebildet. Die PIRATEN sehen *die Märkte* als kommunikativen Bazar, der für jedermann zugänglich ist. Im Sinne dieses Pluralismus lehnen sie eine korporative wie hierarchische Ordnung der Wirtschaft ebenso wie eine funktionshierarchische Gesellschaftsordnung ab.
- [10] (4) Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung orientiert sich normativ an der Individuellen Freiheit der Menschen, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich handeln. Ausgehend vom Einzelnen und seiner Privatsphäre über

kleinste Gruppen organisieren sich bürgerliche Gesellschaften selbst. Selbstversorgung ist ursprüngliches Wirtschaften. Greift ein Staatswesen unterstützend in das bürgerliche Wirtschaften ein ist das Prinzip der Subsidiarität wesentlich. Ordnungspolitisch muss ein Zurückdrängen der Individuellen Freiheit für den jeweiligen Zweck von denen in Kauf genommen werden, die an staatlichen Maßnahmen partizipieren.

- [11] (5) Die "Soziale Marktwirtschaft" erkennen die PIRATEN als wirtschaftspolitisches Leitbild an. Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" drückt aus, dass durch geeignete Ordnungspolitik eine Freie Marktwirtschaft "sozial" gemacht werden kann. Beabsichtigt ist nicht ein klassischer Sozialstaat zur nachträglichen Korrektur sozialer Probleme einer Freien Marktwirtschaft.
- [12] (6) Das durch die Wirtschaftsordnung grundlegend bestimmte Wirtschaftssystem einer *Sozialen Marktwirtschaft* muss vielfältig Lebenswirklichkeiten sowie -entwürfe zulassen. Die Wirtschaftsordnung wird als Rechtsordnung verstanden, die durch ihre Verwirklichung für das marktwirtschaftliche Handeln der Menschen Rechtssicherheit herstellt.
- [13] (7) Aus einer globalen Perspektive stellen die PIRATEN fest, dass sie verschiedene Wirtschaftssysteme anderer Völker, Wirtschaftsordnungen anderer Staaten sowie Sitten und Bräuche von Gesellschaften respektieren. Dieser Respekt soll transnationales Handeln der Menschen fördern und eben diesen Respekt von den Akteuren fordern.
- [14] (8) Märkte sind bestimmt durch handelnde Menschen ein Ausdruck Direkter Demokratie. Die Soziale Marktwirtschaft erkennen die PIRATEN als wirtschaftspolitisches Leitbild an. Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" drückt aus, daß durch geeignete Ordnungspolitik des der bürgerlichen Gesellschaft verpflichteten Staatswesens eine Freie Marktwirtschaft "sozial" gemacht werden kann. Beabsichtigt ist nicht ein klassischer Sozialstaat zur nachträglichen Korrektur sozialer Probleme einer Freien Marktwirtschaft.
- [15] (9) Als Wirtschaftspolitische Aufgaben des Staates sehen die PIRATEN die Schaffung von Infrastruktur, die dem bürgerlichen Wirtschaften dienen. Eine Wirtschaftsordnung ist Teil dieser Infrastruktur.
- [16] (10) Die PIRATEN sehen es als notwendig an, dass verschiedenste Lebenswirklichkeiten sowie Theorien als ordnungspolitische Modelle für sich abgegrenzt entwickelt und umgesetzt werden können. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit garantiert, dass die jeweils Beteiligten sich nach ihrem individuellen Willen vertraglich einigen können. So ist eine differenzierte, für die Beteiligten verständliche, kritisierbare und änderungsfähige Ordnung machbar.
- [17] (11) Die Vertragsfreiheit gilt innerhalb der rechtlich bestimmten Ordnung. Sie gewährleistet dem Einzelnen seine Freiheit der Willensbildung und des selbstständigen Handelns in Rücksicht auf Andere. Für die Allgemeinheit schädliche und sittenwidrige Verträge sind rechtswidrig und somit nichtig.
- [18] (12) Eine Vielfalt gesellschaftlich geschaffener Wirtschaftssysteme muss ordnungspolitisch berücksichtigt und klargestellt werden. Insbesondere muss Selbstversorgung als ursprüngliches Wirtschaften der Menschen berücksichtigt sein.

Natürliche Ressourcen

- [19] (1) Natürliche Ressourcen sind ursprünglich kein Eigentum oder Besitz.
- [20] (2) Natürliche Ressourcen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befinden sich im Besitz der Bürger.
- [21] (3) Das Staatswesen übt auf dem Territorium der Bundesrepublik die Hoheit über die Natürlichen Ressourcen aus. Grundsätzlich ist ihre Verfügbarkeit vom Rechtsstaat so zu ordnen, dass diese Ressourcen mittel- sowie unmittelbar gleichermaßen allen Bürgern zur Verfügung stehen.
- [22] (4) Ist es aus bestimmten Gründen - wie der potentiellen mißwirtschaftlichen Ausbeutung oder Zerstörung - nicht möglich, dass eine Natürliche Ressource allen Bürgern zur Verfügung steht, wird das Staatswesen aus dieser Gemeingut schöpfen bzw. schöpfen lassen. Wird das geschöpfte Gemeingut jemandem zugesprochen, ist zu berücksichtigen, dass er nur so viel durch seine Arbeit als Eigentum einfahren kann, wie er für seinen Lebensvorteil davon Gebrauch machen kann, bevor es verdirbt. Was darüber hinausgeht, ist mehr als ihm zusteht.

- Nichts in der Natur darf zu Eigentum gemacht werden, dass es verdirbt oder zerstört wird.

- [23] (5) Die PIRATEN respektieren Natürliche Ressourcen auf dem Territorium anderer Völker und Staaten als in deren Besitz.
- [24] (6) Jedoch sehen die PIRATEN die einzelnen Bürger der Bundesrepublik als Mitglieder einer Welt-Gesellschaft an den Natürlichen Ressourcen der Welt beteiligt, die nicht territorial beansprucht werden, bzw. die nicht an Territorien gebunden sind.
- [25] (7) Das Staatswesen vertritt im internationalen Kontext die Bürger und ermöglicht ihnen umfassend selbstbestimmte transnationale Beziehungen.

Schöpferische Kraft, Eigentum und Besitz

- [26] (1) Das Grundgesetz garantiert dem einzelnen Bürger sein Eigentum. Eigentum stellt in unserer Wirtschaftsordnung eine wesentliche Komponente dar. Eigentum entsteht durch schöpferische Kraft, aus einem individuellen Bedürfnis des Menschen. Wesentlich versteht sich so eine Eigentums- und Privatsphäre, die existentiell wie individuell mit dem Menschen verbunden ist.
- [27] (2) "Eigentum" als staatlich garantierte rechtliche Herrschaft über eine Sache ist wesentlich ein "Eigentumstitel".
- [28] (3) "Eigentum" unterscheidet sich klar vom rechtlichen "Eigentumstitel", der einen Rechtsanspruch auf Eigentum darstellt und so einen Ökonomischen Wert herstellt.
- [29] (4) Ein Eigentumstitel unterscheidet sich vom Besitztitel, der die tatsächliche Herrschaft über eine Sache bestimmt. Jedoch ist wiederum ein Besitztitel an sich wieder Eigentum.
- [30] (5) Der garantierte Rechtsanspruch auf Eigentum und Erbrecht verpflichtet selbiges dem Wohl der Allgemeinheit allein durch die umfassende allgemeine rechtliche Ordnung.
- [31] (6) Der Gebrauch von Eigentum liegt im Ermessen des Eigentümers und soll ebenso dem Wohl der Allgemeinheit dienen.
- [32] (7) Geistiges Eigentum wird von den PIRATEN respektiert. Jedoch kann es keinen ausschließlichen Rechtsanspruch auf geistiges Eigentum geben, da es wesentlich kommunikativ entwickelt wird. Kommunikation verwirklicht soziale Teilhabe durch Mitteilung Geistigen Eigentums.

Gesellschaft, Gemeinschaft, Gemeingut

- [33] (1) "Gesellschaften" sind Gruppen von Menschen, die bestimmte Bedingungen teilen. Unsere bürgerliche Gesellschaft bestimmt sich durch den verfassten sozialen Rechtsstaat und den Ausfluss herrschender Staatsgewalt.
- [34] (2) "Gemeinschaften" haben im Gegensatz zu Gesellschaften einen jeweils einvernehmlichen Wesenswillen, der das Gemeinwesen bestimmt.
- [35] (3) Jedem Menschen steht es frei mit seiner Schöpferischen Kraft in Gesellschaft zu leben sowie sich an Gemeinschaften zu beteiligen.
- [36] (4) Juristische Personen wie Kapitalgesellschaften sind politische Konstrukte. Juristische Personen genießen ihrem Wesen nach bedingt Schutz durch bürgerliche Grundrechte. Das Wesen der Juristischen Personen bestimmt die Wirksamkeit des Schutzes und wird praktisch durch die Politik geordnet.
- [37] (5) Eine wesentliche Angleichung der Juristische Personen mit Menschen lehnen die PIRATEN ab. Insbesondere die Interpretation, dass Gesellschaften bzw. juristische Personen eine ursprüngliche schöpferische Kraft besitzen. - Ein kritisches Augenmerk gilt dabei dem Begriff "Person", der zunehmend Gebrauch findet.
- [38] (6) Gemeingut ist ein Gut, das für alle Nachfrager in der Regel frei zugänglich ist. Die allgemeine Verfügbarkeit von Gemeingut kann jedoch zu unwirtschaftlichem Verhalten führen. Das Gemeingut der Gesellschaft kann deshalb vom Staatswesen geordnet werden, um Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und ähnliche Aspekte der

Vernunft zu berücksichtigen.

- [39] (7) Wird Gemeingut an sich jemandem zugesprochen, muss es jedem Bürger gleichermaßen zugesprochen werden: Diejenigen, die ein Gemeingut ebenso benötigen müssen weiter ein Nutzungsrecht haben. Es geht hierbei nicht um eine Kollektivierung von Gemeingut, sondern um das ursprüngliche Recht des einzelnen Bürgers / der Allgemeinheit / jedermanns am Gemeingut.

Infrastruktur

- [40] (1) Infrastruktur ist der Unterbau einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft.
- [41] (2) Die PIRATEN unterscheiden “private Infrastruktur“ der bürgerlichen Gestaltung und “öffentliche Infrastruktur“ der staatlichen Gestaltung als öffentlichen Angelegenheit.
- [42] (3) Da öffentliche Infrastruktur von der bürgerlichen Gesellschaft politisch beauftragt und finanziert wird, ist sie Vermögen an dem jeder einzelne Bürger gleichermaßen beteiligt ist. Sie ist ein Ursprung von Gemeingut.
- [43] (4) Infrastrukturen müssen regelmäßig geprüft werden, ob sie ein natürliches Monopol darstellen.
- [44] (5) Öffentliche Infrastrukturen müssen regelmäßig geprüft werden, ob sie unmittelbar dem Bürger dienen sowie ob Mißbrauch vorliegt.

öffentliche Einrichtungen

- [45] (1) Die PIRATEN erkennen öffentliche Einrichtungen wie *Öffentlich-rechtliche Anstalten* ihrem Wesen nach als Behörde: Eine staatliche Einrichtung, die im weitesten Sinne für die Erfüllung von Aufgaben des Staates und dabei insbesondere für Dienstleistungen des Staates gegenüber seinen Bürgern zuständig ist.
- [46] (2) Diese Einrichtungen sind nicht marktfähig. Es handelt sich um gemeinwesenliche Selbstversorgung. Die Finanzierung erfolgt über Steuern, Abgaben sowie Gebühren. Diese Einrichtungen müssen klar zur Privatwirtschaft abgegrenzt werden. Privatwirtschaftliche Geschäftsgegenstände stehen diesen Einrichtungen nicht zu.
- [47] (3) Die PIRATEN erkennen so auch *Körperschaften des öffentlichen Rechts* als öffentliche Angelegenheit. Jedoch sind insbesondere Personalkörperschaften auf die Notwendigkeit von Zwangsmitgliedschaft zu überprüfen.
- [48] (4) Kapitalgesellschaften, deren Gesellschafter Gemeinwesen wie z.B. Kommunen sind, sind rein privatwirtschaftlichen Unternehmen gesetzlich gleichzustellen.

Monopole, Kartelle, Patente

- [49] (1) Ein “Monopol“ bezeichnet einen einzelnen Aspekt (Punkt), der durch sein Potential die geschaffene Ordnung des ihn beinhaltenden Systems außer Kraft setzt - Der Zweck der Ordnung wird nicht mehr erreicht. Für ein Marktwirtschaftliches Monopol gilt so: Es stört die Marktwirtschaftliche Ordnung.
- [50] (2) Ein Kartell bestehend als Bündnis eigentlicher Konkurrenten kann ebenfalls die derzeitige Marktwirtschaftliche Ordnung stören, wenn sie Preis- oder Mengen- bzw. Leistungs-Absprachen monopolbildend umsetzen. Ebenso sind Oligopole kritisch, die sich faktisch stillschweigend angleichen oder komplette Wertschöpfungsketten umfassen.
- [51] (3) Die PIRATEN sehen es in einem marktwirtschaftlichen Zusammenhang als notwendig an, Monopol - sowie Kartellbildung zu unterbinden und Oligopolen entgegenzuwirken.
- [52] (4) Alternativ ist für die PIRATEN denkbar, dass das ökonomisches Gut der Kartell- bzw. Monopolbildung als nicht marktfähig erkannt wird. Über die Legislative bzw. die politische Gestaltung werden dann strukturelle Änderungen in der Wirtschaftsordnung umgesetzt, so dass die betroffenen Güter sowie Dienstleistungen befreit werden.

- [53] (5) Patente und ähnlich hoheitlich erteilte Schutzrechte sehen die PIRATEN als befristete Monopole, die das Staatswesen dem Nutznießer gewährt, wenn im Gegenzug ein Nutzen für die Allgemeinheit / die Bürger entsteht. Die Praxis zeigt jedoch, dass der erwartete Nutzen für die Bürger meist nicht gegeben ist. - Im Gegenteil: Die PIRATEN sehen hier ein großes Potential des Mißbrauchs und lehnen deshalb hoheitlich erteilte, ausschließliche Schutzrechte ab.
- [54] (6) Natürliche Monopole entstehen von selbst, z. B. durch Marktvorsprung, Produktions-, Standortvorteil sowie aufgrund von Markteintrittsbarrieren. Hier ist regelmäßig zu prüfen, ob die Verhältnismäßigkeit noch gegeben ist, bzw. ob der Monopolist seine Vormachtstellung gegenüber den Bürgern mißbraucht.

Geldpolitik

- [55] (1) Geld hat als Tauschmittel einer Marktwirtschaft eine besondere Funktion. Gleichsam ist es Wertäquivalent für Güter sowie Dienstleistungen.
- [56] (2) Die PIRATEN sind sich bewußt, dass es verschiedenste Arten Geld bzw. verschiedenste Geldsysteme gibt.
- [57] (3) Der Euro wird durch das Eurosystem als "Zentralbankgeld" geschöpft. Die Bundesbank ist wie die Europäische Zentralbank (EZB) ein Teil des Eurosystems. Die EZB ist ein politisches Konstrukt, eine Rechtsperson. Die EZB ist allein befugt, die Ausgabe des Euro zu genehmigen. Die PIRATEN befinden die bestimmte politische Unabhängigkeit der EZB sowie der Zentralbanken als kontrafaktisch. Die PIRATEN erkennen in der EZB die gemeinsame Währungsbehörde der Staaten Europas.
- [58] (4) Der Euro ist sogenanntes *Fiat-Geld*, ein Kreditgeld, bei dem von Seiten des Emittenten keine Einlöseverpflichtung in einen bestimmten Gegenwert besteht. Seine Akzeptanz wird durch gesetzliche Vorschriften erreicht und sichergestellt, - als gesetzliches Zahlungsmittel.
- [59] (5) Auf Basis des Euro können zudem Geschäftsbanken Geld schöpfen: Das Giral- bzw. Geschäftsbankengeld. Dieses Geld entsteht ebenfalls durch Kredit, den die Geschäftsbanken gewähren. Oder durch das Eintauschen von Bargeld in sogenanntes *Sichtguthaben*. Geschäftsbanken sind in der Lage auf Grundlage des eingezahlten Bargelds, ein Vielfaches an Giralgeld durch Kreditvergabe zu schöpfen. Zudem können sie durch den Kauf von Real-Vermögen weiteres Giralgeld schöpfen.
- [60] (6) Neben dem Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel benutzt der Bürger hauptsächlich Giralgeld. Die PIRATEN sind sich des Unterschieds bewußt: Giralgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel sondern lediglich ein Anspruch darauf. Obwohl die Einheit "Euro" den Anschein gibt, besteht keine Deckung des Giralgeldes durch gesetzliches Zahlungsmittel. Die PIRATEN sehen die zunehmende Unterdeckung des Giralgeldes als systemkritisch an.
- [61] (7) EZB-Geld sowie Giralgeld entsteht durch Kredit. An jeden Kredit ist immer Zins und Tilgung als Schuld gebunden sowie belastbare Eigentumstitel des Kreditnehmers als Sicherung.
- [62] (8) Die PIRATEN erkennen Verzinsung von Geldschuld sowie rekursiv geschaffene Finanzprodukte als Ursache für ein exponentielles Wachstum der Geld- bzw. Geldschuldmenge. Der daraus resultierende Geldwucher ist ebenso Antrieb einer zunehmenden Verschuldung, der keinerlei reale Vermögenswerte gegenüberstehen: Es werden Rechtstitel entwickelt und in Umlauf gebracht, die willkürlich mit Geldwert versehen sind.
- [63] (9) Die PIRATEN sehen es zumindest als fragwürdig an Fiat- bzw. Giralgeld als Schuld mit Eigentum der Schuldner abzusichern, da so zur Tilgung der zinsbelasteten Schuld in Summe ein immer rasanter werdender Eigentumsübergang realer Vermögenswerte auf die geldschöpfenden Institute erzwungen wird: Die scheinbaren (Geld-)Werte der Finanzindustrie suchen und belasten das Realvermögen der Menschen inflationär.
- [64] (11) Besonders kritisch betrachten die PIRATEN die Kapitaldeckung des Fiatgeldes durch natürliche Ressourcen wie Land. Diese monetäre Wertstellung führt zu einer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen sowie zu einem Eigentumsübergang von Menschen ohne ausreichendes Geldeinkommen zu Menschen mit Geldvermögen bzw. Geldschöpfungsmonopol. Besonders wird das beschleunigt, wenn der Besitz von Realvermögen sowie die Erhaltung von Realvermögen Geldschuld entstehen läßt.

- [65] (12) Die PIRATEN sehen in der ausschließlichen Möglichkeit zur Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken und Zentralbanken ein Quasi-Monopol der Geldschöpfung. Die PIRATEN wünschen die Aufhebung des Geldschöpfungsmonopols.
- [66] (13) Die PIRATEN sehen es im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft als notwendig an, dem gesetzlichen Zahlungsmittel des Staatswesens bürgerliche Währungen als Wertkorrektiv gegenüberzustellen. Diese müssen frei an Devisenbörsen gehandelt werden können. Spekulative Kursschwankungen bzw. -manipulationen können durch eine Tobin-Steuer gedämpft werden. Die Art und Weise der bürgerlichen Geldschöpfung ist frei, wie die Gestaltung der Rechtstitel, die als Währung zugrunde liegen. Geldschöpfung kann als Quelle besteuert werden.
- [67] (14) Die PIRATEN erkennen Geld als rechtlich definiertes Kunstprodukt. Geld sowie Geldschöpfung ist bestens geeignet für die mittelbare Ordnung bestimmter Märkte. So ist es denkbar, für verschiedene Märkte verschiedene Währungen herzustellen, die den ggf. speziellen Anforderungen entgegenkommen.
- [68] (15) Die PIRATEN sehen in der Idee freier bürgerlicher Währungen eine Alternative zum Geldschöpfungsmonopol der Geldinstitute. Jedoch besteht politische Notwendigkeit, einheitliche Verrechnungs- bzw. Umlaufwährungen als nicht ausschließliches gesetzliches Zahlungsmittel zu ordnen.

Globalisierung

- [69] (1) Die Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Möglichkeit zu reisen, ermöglicht ein Bewußtsein des Einzelnen für die Welt und deren globale Zusammenhänge.
- [70] (2) Aus dieser Globalisierung des Bewußtseins leiten die PIRATEN Respekt und Verantwortung vor der Welt ab.
- [71] (3) Die Freiheiten der globalen Kommunikation sowie der Möglichkeit zu reisen, sind wesentlich für die Selbstbestimmung eines Menschen.
- [72] (4) Die Möglichkeit unter Völkern sowie Staaten gemeinsame Verträge zu schließen, läßt eine politische Gestaltung globaler Wirtschaftssysteme zu und verwirklicht so Komponenten der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.
- [73] (5) Das Staatswesen vertritt die Interessen seiner Bürger bei der Schaffung entsprechender internationaler Rechtsnormen nach geltendem nationalem Recht.
- [74] (6) In seinen internationalen Abkommen ermöglicht das Staatswesen den betroffenen Menschen selbstbestimmte transnationale Beziehungen, auf die an sich das Staatswesen keinen Einfluß nehmen darf.
- [75] (7) Die PIRATEN lehnen eine Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit ohne die Freizügigkeit der Menschen ab.

Staatliches vs. Bürgerliches Wirtschaften

- [76] (1) Die PIRATEN unterscheiden zwischen bürgerlichem und staatswesentlichem Wirtschaften: Das Bürgerliche Wirtschaften dient unmittelbar dem Bürger, das staatswesentliche (staatliche) Wirtschaften dient unmittelbar dem Staatswesen. Es ist zu betonen, dass für das Staatswesen jede Politik verantwortlich und vernünftig für sich selbst wirtschaftet.
- [77] (2) Die Wirtschaftsordnung als Bestandteil der Gesellschaftsordnung bezieht sich wesentlich auf das Wirtschaften der Menschen als *Bürgerliches Wirtschaften*.
- [78] (3) Das Staatswesen stößt mit direkten Einflußnahmen auf das Bürgerliche Wirtschaften an seine durch die bürgerlichen Grundrechte bestimmten Schranken. Die PIRATEN lehnen eine unmittelbare Einflußnahme auf das Bürgerliche Wirtschaften durch den Staat ab.
- [79] (4) Dagegen ist es gefordert, dass die Bürger das Staatliche Wirtschaften politisch gestalten. Das Staatswesen soll mit seinem Wirtschaften für den Staat bürgerbezogen der Allgemeinheit sowie den staatlich organisierten Gemeinwesen dienen.

- [80] (5) Die PIRATEN sehen die Gefahr einer Staatswirtschaft, die die Menschen zu Ihrem Nutzen einspannt. Die PIRATEN erkennen einen Interessenkonflikt im Staatswesen bezüglich des bürgerlichen Wirtschaftens und dem Machterhalt herrschender Politik. Die PIRATEN sind gegen einen neuen Merkantilismus in dem das Bürgerliche Wirtschaften einer Staatsfinanzierung sowie auch machtpolitischen Interessen untergeordnet wird.

Abgrenzung zu anderen Politiken: Finanzpolitik, Sozialpolitik, etc

- [81] (1) Das Wirtschaften des Staates ist selbstverständlich auch von seinen Finanzen abhängig. Die Finanzen bestimmen den Haushalt, die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten des Staates. So fordert das Wirtschaften des Staates die Finanzpolitik, diese Finanzen bereitzustellen. Jedoch hat die Finanzierung der unterschiedlichen politischen Maßnahmen bzw. der Ministerien nichts mit Wirtschaftspolitik an sich zu tun, die das bürgerliche Wirtschaften ordnet.
- [82] (2) Die Finanzpolitik des Staatswesens mit der Wirtschaftspolitik zu verweben, birgt für die PIRATEN die Gefahr eines neuen Merkantilismus, in dem das Wirtschaften der Bürger der Finanzierung des Staates untergeordnet wird.
- [83] (3) Gleiches gilt für die Sozialpolitik. Hier sehen die PIRATEN die Gefahr der Instrumentalisierung des bürgerlichen Wirtschaftens. Die Sozialpolitik ist unabhängig von der Wirtschaftspolitik. Sie ist lediglich bestimmt durch die soziale Verpflichtung des Staatswesens gegenüber jedem einzelnen Bürger als der Allgemeinheit.
- [84] (4) Die PIRATEN sind aus wirtschaftspolitischer Sicht sowie aus Gründen der Machtkonzentration davon überzeugt, daß Wirtschaftspolitik für sich alleinstehen muß und nur dem bürgerlichen Wirtschaften dient.
- [85] (5) Die PIRATEN halten eine klare systemische und fachliche Trennung zwischen den Politiken ein, ganz nach dem Grundsatz der Parallelität von Systemen.
- [86] (6) Die PIRATEN fordern eine weitestgehende Befreiung des Bürgerlichen Wirtschaftens von staatlicher Büro- und Technokratie. Besonders kritisch betrachten die PIRATEN die Entwicklung zur Cyberkratie, die durch die zunehmende Vernetzung von Informationsmaschinen öffentlicher Institutionen entsteht. Hierbei bemerken die PIRATEN die Aufhebung der Gewaltenteilung in der entstehenden systemimmanenten Gewalt.
- [87] (7) Die PIRATEN sind gegen die Erfassung des einzelnen Bürgers sowie der Gesellschaft als staatswirtschaftliches Personal oder ähnliches: Z.B. im Sinne von "Humankapital"
- [88] (8) Die PIRATEN sehen die durch den Staat erhobenen Steuern und geschaffenen Abgaben zur Finanzierung des Staatswesens als ein nötiges *Beisteuern* und *Beigeben* der Bürger. Die Steuern und Abgaben müssen jedoch regelmäßig auf ihre Grundsätze und auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Zudem dürfen Steuern und Abgaben keinen maßgeblichen Einfluß auf das bürgerliche Wirtschaften haben.
- [89] (9) Die Staatsverschuldung und das Schuldenmanagement ist Sache der Finanzpolitik. Aus wirtschaftspolitischer Sicht lehnen die PIRATEN eine Verschuldung des Staates ab, da zur Sicherung der Staatsschulden auf dem Geldmarkt die Zukunft der Bürger verpfändet wird. Staatsschulden sind abzubauen, die Kosten des Staatswesens zu reduzieren; - damit zukünftig das aus der Arbeit der Bürger entstandene Eigentum ihnen selbst wie der Allgemeinheit zugute kommt und nicht durch Abgaben und Steuern mittels Geldschuld belastet wird.

Begründung

- [90] Das in Bochum beschlossene *Wirtschaftsprogramm* erfordert Konkretisierungen.
- [91] Obenstehende Grundsätze sollen als festgestellte Position des LPT Gewicht erhalten und zur weiteren Erarbeitung einladen.

PP070 - “Freiwillige Geschlechterquote“

Positionspapier

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Just-Ben, Beate Kesper

Antragstext

- [1] *Der Landesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:*

Temporäre freiwillige selbstverpflichtende Geschlechterquoten in der Wirtschaft

- [2] Derzeit sind in Deutschland circa zehn Prozent der Führungsjobs in großen Unternehmen mit Frauen besetzt. In den 30 DAX-Konzernen ist ihr Anteil sogar nur bei etwas über zwei Prozent. Wir Piraten erkennen an, dass dieses Ungleichgewicht der Geschlechter in der Struktur und in den Rollenbildern unserer Gesellschaft begründet liegt. Wir streben an, die daraus resultierende Ungleichbehandlung auf Grund des biologischen oder sozialen Geschlechts zu bekämpfen.
- [3] Unsere Arbeitswelt ist geteilt in eine karrierereorientierte, männerdominierte Arbeitskultur und eine serviceorientierte, frauendominierte Arbeitskultur. Eine Veränderung dieser Arbeitswelten und Kulturen ist notwendig, um beide Welten geschlechterneutral zu besetzen. Als Piraten kämpfen wir für diese Kulturveränderung, verstehen aber, dass diese Zeit braucht.
- [4] Nutznießer einer solchen Kulturveränderung können beide Geschlechter sein. Frauen haben bessere Möglichkeiten auf wirtschaftlichen Aufstieg, Karriere und Selbstverwirklichung. Männern wird es erleichtert, Selbstverwirklichung auch mit ihren sozialen Persönlichkeitsaspekten zu erfahren.
- [5] Als einen möglichen Baustein dieser Veränderung unserer Gesellschaft sehen wir eine freiwillige, selbstverpflichtende Geschlechterquote für das Spitzenpersonal in der Wirtschaft an. Die Inhaber oder der Aufsichtsrat einer Firma müssen ein Ziel festlegen, welchen Anteil von jedem Geschlecht sie in einem definierten Zeitraum (zum Beispiel in 10 Jahren) beim Spitzenpersonal des Unternehmens erreichen wollen. Dieses Ziel ist öffentlich zu kommunizieren und transparent darzustellen. Für den Fall, dass die Firma das Ziel nicht erreicht, verpflichtet sie sich zu Strafzahlungen.
- [6] Wir gehen davon aus, dass die Firmen sich durch den Zwang der öffentlichen Kommunikation ambitionierte, aber erreichbare Ziele bei der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit setzen werden. Denn eine Quote wird automatisch auch für den Drang sorgen, sich entsprechendes Personal in der Firma auszubilden und aufsteigen zu lassen. Die dafür grundlegende gesetzliche Regelung sollte zeitlich begrenzt und regelmäßig durch die Legislative evaluiert werden.
- [7] Wir wissen natürlich, dass noch weiterführende Maßnahmen wie eine Verbesserung der Unternehmenskulturen, gerecht besetzte Förderprogramme für Spitzenpersonal, Kinderbetreuung, Schulungen zur Geschlechtergerechtigkeit, flexible Arbeitszeitmodelle und vieles mehr notwendig sind, um allen Menschen faire Aufstiegschancen zu bieten. Nur mit gesetzgeberischen Änderungsdruck auf die Firmen ist dieses Ziel erreichbar. Nur so können die Karrierechancen aller Menschen vom geschlechtlichen Rollenbild emanzipiert werden.

PP078 - Wirtschaftsordnung

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Haide Friedrich Salgado, Ronnie Rigl, Christian Steinle

Antragstext

- [1] Des Landesparteitag möge beschließen, dass der folgende Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm eingefügt und so angenommen auch als Positionspapier für den nächsten Bundesparteitag abgestimmt und falls angenommen als Programmantrag des Landesverbands Bayern eingereicht werden soll.
- [2] Die Piratenpartei bekennt sich ausdrücklich zu dieser Wirtschaftsordnung. Sie erkennt darin einen Rahmen der zu sozialer Gerechtigkeit als auch Freiheit des Einzelnen führt. Daher ist es ihr Ziel diese umzusetzen und darauf hinzuwirken, dass deren Grundsätze auch in die Bundesgesetzgebung einfließen.
- [3] **Wirtschaftsordnung**
- [4] **Bindung wirtschaftlicher Tätigkeit an das Gemeinwohl; Grundsatz der Vertragsfreiheit**
- [5] (1) Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.
- [6] (2) Innerhalb dieser Zwecke gilt Vertragsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze. Die Freiheit der Entwicklung persönlicher Entschlusskraft und die Freiheit der selbständigen Betätigung des einzelnen in der Wirtschaft wird grundsätzlich anerkannt. Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls. Gemeinschädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtswidrig und nichtig.
- [7] **Staatliche Überwachung der Bedarfsdeckung**
- [8] Die geordnete Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes der Bevölkerung wird vom Staat überwacht. Ihm obliegt die Sicherstellung der Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft.
- [9] **Schutz der Klein- und Mittelstandsbetriebe**
- [10] Die selbständigen Kleinbetriebe und Mittelstandsbetriebe in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie sind in der Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen. Sie sind in ihren Bestrebungen, ihre wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit sowie ihre Entwicklung durch genossenschaftliche Selbsthilfe zu sichern, vom Staat zu unterstützen. Der Aufstieg tüchtiger Kräfte aus nichtselbständiger Arbeit zu selbständigen Existenzen ist zu fördern.
- [11] **Selbstverwaltung der Wirtschaft**
- [12] Die auf demokratischer Grundlage aus den Kreisen der Berufsverbände gewählten Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft nehmen an den wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben teil.
- [13] **Bildung von Bedarfsdeckungsgebieten**
- [14] Zum Zweck einer möglichst gleichmäßigen Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse aller Bewohner können unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der selbständigen, produktiv tätigen Kräfte der Wirtschaft durch Gesetz besondere Bedarfsdeckungsgebiete gebildet und dafür Körperschaften des öffentlichen Rechts

auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet werden. Sie haben im Rahmen der Gesetze das Recht auf Selbstverwaltung.

[15] Kartell- und Konzernverbot

[16] Der Zusammenschluss von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und der Monopolbildung ist unzulässig. Insbesondere sind Kartelle, Konzerne und Preisabreden verboten, welche die Ausbeutung der breiten Massen der Bevölkerung oder die Vernichtung selbständiger mittelständischer Existenzen bezwecken.

[17] Kapitalbildung; Geld- und Kreditwesen

[18] (1) Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft.

[19] (2) Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.

[20] '(Quelle: Verfassung des Freistaates Bayern. Artikel 151 bis 157)'

Begründung

[21] Auch wenn dies Teil der Bayerischen Verfassung ist, können die Antragssteller nicht erkennen, dass das in Bayern so umgesetzt wird. Ferner würde die Einhaltung dieser Grundsätze im gesamten Bundesgebiet viele Vorteile bringen.

PP093 - Beweismittelverwertungsverbot

Positionspapier

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

CEdge

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:
- [2] Ein gesetzliches Verbot der Verwertung illegal erworbener Beweise in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren soll eingeführt werden.
- [3] Im Gegensatz zu Staaten wie zum Beispiel den USA (Fruit of the poisonous tree) unterliegt in Deutschland ein Beweisverwertungsverbot in diesem Fall dem Ermessen des Richters und wird nur sehr selten angewandt. Dies führt zu einer Aushöhlung der Bürgerrechte durch Überschreitungen des Rechtsrahmens der Exekutive. Die Exekutive hat praktisch keine Konsequenzen für ihr Fehlverhalten zu befürchten und erzielt so "Erfolge" gegen geltendes Recht. Das Fehlen jeglicher Konsequenzen und der praktische "Erfolg" führen zu einer schleichenden Erosion des Rechts, insbesondere der Bürgerrechte.
- [4] Durch diese Änderung der Gesetze würde die Exekutive bei eigenen Überschreitungen den Vorteil verlieren und stattdessen einen Nachteil erlangen. Somit wäre es dann wie gewünscht, in ihrem Interesse das geltende Recht einzuhalten.

Begründung

- [5] *(Dies ist ein nicht behandelter Antrag aus Offenbach. Die Forderung wurde leicht modifiziert, die Begründung beibehalten. Er wurde bereits in der Vergangenheit für den LPT eingereicht, aber nicht behandelt.)*
- [6] Das Problem ist, dass der Staat regelmäßig gegen seine eigenen Gesetze verstößt und mit dem Ergebnis dieses Verstoßes Strafen ausspricht. Es geht dabei nicht darum, alle staatlichen oder gerichtlichen Vorkommnisse umkehrbar zu machen. Deshalb auch die Beschränkung auf Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren.
- [7] Eine grundsätzliche Umsetzbarkeit ist gegeben, da andere Länder wie die USA ein solches Prinzip schon lange anwenden und dies auch in Deutschland in einem beschränktem Rahmen (Richterrecht) der Fall ist. Ein ausführlicheres Konzept können wir (oder die Bundespartei) bei Bedarf auch in Zukunft noch beschließen.
- [8] Originalantrag: http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2/Antragsportal/PA057
- [9] Beispiel für ein Verwertungsverbot in Deutschland:
- [10] <http://www.lawblog.de/index.php/archives/2012/02/17/im-licht-der-taschenlampen/>

3 Satzungsänderungsanträge

SÄA006 - Keine gesetzeswidrigen Satzungsänderungen

Satzungsänderung

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Entropy

Antragstext

- [1] Es wird beantragt in der Landessatzung Abschnitt A §11(1) den Satz 2 zu entfernen.

Aktuelle Fassung

- [2] Änderungen der Landessatzung und des Programms können nur von einem Landesparteitag mit einer 2/3 Mehrheit beschlossen werden. **Besteht das dringende Erfordernis einer Satzungsänderung zwischen zwei Landesparteitagen, so kann die Satzung auch geändert werden, wenn mindestens 2/3 der Piraten dem Änderungsantrag schriftlich zustimmen.**

Neue Fassung

- [3] Änderungen der Landessatzung und des Programms können nur von einem Landesparteitag mit einer 2/3 Mehrheit beschlossen werden.

Begründung

- [4] Dieser Antrag entfernt lediglich eine eindeutig gesetzeswidrige, bisher nie angewendete Bestimmung der Satzung.
- [5] Satzungsänderungen sind laut §9 (3) PartG ausschliesslich dem Parteitag vorbehalten (sog. Parteitagsvorbehalt). Die Regelung Satzungsänderungen zwischen Parteitagen schriftlich durchführen zu können ist gesetzeswidrig.
- [6] Eine solche Regelung ist nur in Vereinen zulässig. Sie wurde aus der Bundessatzung übernommen, die wiederum offenbar auf der fehlerhaften Satzung der DIE PARTEI basiert.

SÄA009 - Änderungsanträge zu SÄA / PÄA

Satzungsänderung

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Ron

Antragstext

- [1] Es wird beantragt in der Landessatzung Abschnitt A im §11 einen Absatz wie folgt einzufügen:
- [2] Zu fristgerecht eingereichten Satzungs- oder Programmänderungsanträgen können vom Landesparteitag Änderungsanträge ohne Frist beschlossen werden, sofern sie keine wesentliche Abweichungen darstellen.

Aktuelle Fassung

- [3] (1) Änderungen der Landessatzung und des Programms können nur von einem Landesparteitag mit einer 2/3 Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Besteht das dringende Erfordernis einer Satzungsänderung zwischen zwei Landesparteitagen, so kann die Satzung auch geändert werden, wenn mindestens 2/3 der Piraten dem Änderungsantrag schriftlich zustimmen. (2) Über einen Antrag auf Satzungs- oder Programmänderung auf einem Landesparteitag kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Vorstand eingegangen ist.

Neue Fassung

- [4] (1) Änderungen der Landessatzung und des Programms können nur von einem Landesparteitag mit einer 2/3 Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Besteht das dringende Erfordernis einer Satzungsänderung zwischen zwei Landesparteitagen, so kann die Satzung auch geändert werden, wenn mindestens 2/3 der Piraten dem Änderungsantrag schriftlich zustimmen. (2) Über einen Antrag auf Satzungs- oder Programmänderung auf einem Landesparteitag kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Vorstand eingegangen ist. (3) Zu fristgerecht eingereichten Satzungs- oder Programmänderungsanträgen können vom Landesparteitag Änderungsanträge ohne Frist beschlossen werden, sofern sie keine wesentliche Abweichungen darstellen.

Begründung

- [5] es kommt immer vor, dass Anträge Fehler aufweisen oder sich die Mehrheit kleine Änderungen wünschen und dies nur aus formalen Gründen nicht möglich ist
- [6] mit Änderungsanträgen, die durch die Satzung zugelassen werden, könnte das Problem behoben werden und so mancher Antrag wird nicht abgelehnt, weil evtl. nur ein Wort unpassend gewählt wurde
- [7] konkuriert mit SÄA 008

4 Sonstige Anträge

SA005 - Kommunale Leitlinie Radverkehr

Sonstiger Antrag

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Just-Ben

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge folgende Leitlinie zur Kommunalpolitik beschließen und den Kommunalpolitisch tätigen Piraten nahelegen:

Antrag: Förderung des Radverkehrs

- [2] Für die Piraten ist die Förderung des Radverkehrs – oder besser gesagt die Rücknahme von Benachteiligungen – ein wichtiger Bestandteil für ein gutes Verkehrskonzept in allen Kommunen. Eine Radfahrende Bevölkerung ist aktiver sowie nachweislich gesünder und glücklicher, wodurch sich die Gesundheitskosten senken und die Lebensqualität erhöhen lässt.
- [3] Wenn man den Radverkehr nur als Freizeitbetätigung für den Sonntag behandelt, werden die Menschen sich auch nicht ermutigt fühlen ihren täglichen Verkehr auf das Rad umzulegen, vor allem dann, wenn die Autoinfrastruktur dafür perfekt ausgelegt wird. Doch die Individualmobilität mit dem Benzingetriebenen Automobil wird immer teurer und ist nicht mehr Zukunftsfest. Die Förderung des Radverkehrs, insbesondere des Elektro-radverkehrs, ist ein wichtiger Bestandteil um die Mobilität der Bevölkerung in der Zukunft sicherzustellen.

Radwege-Benutzungspflicht

- [4] Zur Radwegebenutzungspflicht gibt es viele Vorschriften und Urteile. Leider weisen die Kommunen Radwege häufig als Benutzungspflichtig aus, obwohl sie nicht den rechtlichen Ansprüchen genügen. Die Maxime für Radwege in den Verwaltungen scheint es zu sein, das Rad um jeden Preis weg von der Fahrbahn zu bringen anstatt es gleichberechtigt am Verkehr zu beteiligen. Dadurch wird das Radfahren nicht nur unattraktiver, sondern auch gefährlicher. Deswegen muss gelten: Im Zweifel lieber keinen Radweg, als einen unzureichenden Radweg als benutzungspflichtig zu Beschildern.

Radverkehr als Teil des Straßenverkehrs

- [5] Bei der Renovierung von alten und beim Anlegen von neuen Radwegen sollte innerorts in Zukunft Wert darauf gelegt werden, dass Radwege als Teil der Fahrbahn und nicht Teil des Gehsteiges betrachtet werden, da Radwege, die in die Fahrbahn integriert sind, nachweislich unfallärmer sind und ein schnelleres Vorankommen für Radfahrer bedeuten.

Bedarfsgerechte Radwegerenovierung und Ausbau

- [6] In einigen Landstrichen in Bayern sind die Radwege in einem schlechten Zustand. Baumwurzelschäden, Schlaglöcher und hohe Bordsteinkanten Sorgen gerade bei schnellen Radfahrern für Material- und Personenschäden, sind unnötige Gefahrenquellen machen das Radfahren unattraktiv. Anderenorts sind Radwege nicht mehr für den Wachsenden Radverkehr ausgelegt und sollten verbreitert werden, um z.B. das Überholen problemfrei ermöglichen zu können. Überorts kann durch den Ausbau der Flurbereinigungswege kostengünstig ein starkes Radverkehrsnetz zwischen den einzelnen Orten geschaffen werden.

Parkplätze für Radfahrer

- [7] Um möglichst viele Menschen davon zu überzeugen auf das Rad umzusteigen, sollte dafür gesorgt werden, dass vor allem an belebten Orten wie Innenstädten, Universitäten und Bahnhöfen genügend Parkmöglichkeiten für Fahrräder vorhanden sind. Dort sollten die Fahrräder auch so angekettet werden, dass sie angemessen gegen Diebstahl geschützt ist. Dabei sind prinzipiell für den Nutzer des Rades kostenlose Parkmöglichkeiten zu bevorzugen. Radparkhäuser, wie sie z.B. in Bamberg existieren sollten nur dann kostenpflichtig sein, wenn sie einen klaren Mehrwert schaffen.

Freie Fahrt für Radfahrer

- [8] Zur allgemeinen Förderung des Radverkehrs wäre es hilfreich, wenn Radfahrer möglichst selten Hindernisse kreuzen, die zu großen Umwegen führen oder den Radfahrer zum stehen bleiben zwingen, denn jedes Anhalten kostet gerade ungeübten Radfahrer unnötig Energie. Darüber hinaus sollten starke Steigungen und Scharfe Kurven in Radwegen vermieden werden, da sie das Radfahren sehr unattraktiv gestaltet. In innenstadtnahen Bereichen kann man das Problem auch mit einer Grüne Welle bei 20km/h, wie es in Belgien bereits einige Städte, abfedern. Auf Straßen in denen das nicht in Betracht kommt könnten für Radfahrer Digitalanzeigen angebracht werden, die den Radfahrer vorher signalisieren, bei welcher Geschwindigkeit er an der nächsten Ampel nicht anhalten muss.

Offene Elektroradstation Karte

- [9] Derzeit ist ein Trend zum Elektrofahrrad erkennbar. Um diesen Trend zu fördern werden in ganz Bayern Aufladestationen für die Elektrofahrräder eingerichtet. Für diese wäre – im Sinne von mehr Open Data – eine Karte auf Basis von Open Street Map gepflegt oder zumindest unterstützt von der Öffentlichen Verwaltung sinnvoll. So könnten die Informationen auf digitalen Endgeräten wie Smartphones von jedem verwendet werden.

SA007 - Transparenz von Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf

Sonstiger Antrag

[Diskussion PFB WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Fard

Antragstext

- [1] Die Piratenpartei Deutschland Bayern und ihre Organe gestalten die Organisation der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Wahlkämpfe transparent und nachvollziehbar. Die Treffen der für die Öffentlichkeitsarbeit sowie den Wahlkampf verantwortlichen Piraten finden öffentlich statt; die elektronische Kommunikation wird über Medien geführt, die jedem zumindest lesbar zugänglich sind und werden öffentlich zugänglich archiviert. Hiervon ausgenommen ist der Austausch personenbezogener Daten. Die Unterstützer des Beschlusses sind sich bewusst, dass bei einer im Vorfeld öffentlich vorhersehbaren Arbeitsweise bestimmte etablierte Mittel und Methoden nicht mehr anwendbar sind und der politische Mitbewerber leichter beobachten und reagieren kann. Dies halten wir jedoch für keinen Nachteil, sondern sehen darin das Potential, Bürger davon zu überzeugen, dass wir tatsächlich auf eine andere - auf transparente und nachvollziehbare - Art Politik machen.

Begründung

- [2] 2013 haben wir eine Landtagswahl, zur Zeit wird auf Hochtouren auf Landesebene und in den Bezirken mit der genaueren Planung angefangen. Im Landesverband Bayern verwenden wir mit der geschlossenen Vorstandsliste "Holodeck" und der geschlossenen Presseliste "SG Presse Bayern" zwei intransparente Kommunikations- und Organisationsmittel. Ob dies auch die richtige Vorgehensweise für den kommenden Wahlkampf ist sollte man überdenken.
- Positive Beispiele für ein offenes Verfahren sind Berlin und NRW, die so ihren Wahlkampf geplant und durchgeführt haben.
 - Wir haben nicht viel Geld, wir brauchen die Mitarbeit von möglichst vielen ehrenamtlichen Piraten. Durch transparente Planungen wird man diese viel eher erreichen als durch in kleinem Kreis vorgefertigte Aktionen.

Weiterführende Links:

- http://wiki.piratenpartei.de/BE:Antragskommission/LMV_2012.2/Antragsportal/Sonstiger_Antrag_-_006
- http://wiki.piratenpartei.de/BE:Parteitag/2012.2/Beschlussprotokoll1120916#X006_-_Transparenz_von_.C3.96ffentlichkeitsarbeit_und_Wahlkampf
- <https://wiki.piratenpartei.de/Bundesvorstand/Umlaufbeschluss/101>
- <https://lqpp.de/be/initiative/show/1859.html>
- <https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5211.html>

SA013 - Mitmach Tool

Sonstiger Antrag

[Diskussion WIKI](#)

Ja	Vielleicht	Angenommen	Abgelehnt
Nein	Enthaltung	Mit Änderungen	Zurückgezogen

Antragsteller

Christa

Antragstext

- [1] Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Piratenpartei im Wahljahr für die eigene aber auch die Barrierefreiheit aller ein bedienungsfreundliches Tool des Einmal-Klicks als zentrale Homepage entwickelt. Dieses Tool soll endlich das zentrale Versprechen der Piratenpartei einlösen, durch einfache Mitmach-Handhabung die politische Vernetzung aller und somit einen Prozess der Auflösung der Altparteien einleiten. Es wäre das Dach für die bereits existierenden Tools, die erheblich verschlankt werden müssten.

Begründung

- [2] Seit Anfang des vergangenen Jahres schien für viele Wähler die repräsentative Demokratie der Altparteien zunehmend unzulänglich zu sein. Da kam die Hoffnung auf die Piratenpartei gerade recht - als Vertreterin des Geburtsortes und Lebensraums Internet. Sie könnte die Vorläuferin einer kommunikativeren, weil virtuelleren Gesellschaft sein, die als Chiffre für den anstehenden Epochenwandel gilt. Mit uns Piraten würde die Gesellschaft ins 21. Jahrhundert segeln. Wir waren sexy!
- [3] Dann war so viel plötzlicher Hype schnell vorbei. Weil wir Piraten unserem Versprechen einer virtuellen Leitkultur nicht gerecht wurden. Denn nach der anfänglichen Begeisterung ernten wir derzeit nur Kopfschütteln. Wenn die Welt, die die Frage nach einem besseren Miteinander neu stellt, so aussieht, dass man sich gegenseitig beim Mitmachen die Köpfe einschlägt, dann wollen die Meisten unserer potenziellen Wähler lieber im alten Fahrwasser weitermachen, statt uns zu folgen.
- [4] Wir Piraten müssen also, um nicht als Kartell der Mobber und Shitstürmer den Bundestag zu verpassen, unsere Partei der Avantgarde kreativer Techniker in die Pflicht nehmen. Sie sollen ein so einfach handhabbares Tool bauen, das der Barrierefreiheit nach innen wie nach außen dient. Dies müsste das Tool einer Homepage für jeden werden, in das nicht nur manche analog geprägten Piraten, sondern auch die Mehrheit unzufriedener Wähler mit Freude, weil nur mit einem Klick, einsteigt. Über eine solche Homepage für alle könnte die lange versprochene, virtuelle Form der Politik der Piratenpartei als Mitmachpool tatsächlich beginnen. Sie wäre dann das, was viele von ihr erhoffen: eine Partei, die die parlamentarischen Altparteien auflöst und damit eine wirklich liquide und common wachsende Demokratie aller herbeiführt. Ergänzend zu diesem Dach als Einstieg für Jedermann sollte die darunter liegende Etage der bisherigen Tools stark vereinfacht, damit verschlankt werden.
- [5] Hintergrund: Gründung des Frankfurter Kollegiums, der Rücktritt des gesamten Vorstands Leipzig sowie Interview mit Sekor in der Flaschenpost: „Die Piraten sind die wichtigste politische Veränderung unserer Zeit.“